Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang

Donnerstag, den 22. Juli 1920

Nummer 290 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen; Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor wichtigen Ereignissen

Deutsche Waffen für Polen?

HR. London, 21. Juli.

Zwischen den Alliierten und Sowjetrußland ist durch die polnische Frage eine schwierige Lage entstanden. In den nächsten Tagen wird hier eine außerordentlich wichtige Entscheidung über Krieg und Frieden fallen. Die Regierung hat sich, wie verlautet, auf den Standpunkt gestellt, daß die Antwort Sowjetrußlands keine Annahme des Waffenstillstands bedeute.

Wenn Sowjetrußland danach trachten will, Polen zu besiegen, dann würde die ganze Arbeit, die England unternommen hat, um bessere Beziehungen zwischen Europa und Rußland herzustellen, umsonst gewesen sein. Die Antwort von Sowjetrußland gibt Polen allerdings eine bessere Grenze im Osten als der Versailler Frieden.

Daily News befaßt sich bereits mit der englischen Antwort an Sowjetrußland und bemerkt, diese zeige deutlich, daß es das einzige Ziel der britischen Regierung sei, einen Frieden zu schließen, der die Unabhängigkeit Polens gewährleiste, aber den Bolschewiki keinerlei Gebiete nimmt, auf die sie aus ethnographischen Gründen Anspruch haben. Im Falle eines bolschewistischen Eindringens würde die Lage eine große Veränderung erfahren. Alle polnischen Parteien würden sich für die Verteidigung der Grenze einigen. Es gibt in Polen noch genug Männer, und als Führer dürften die besten Offiziere von Westeuropa gewählt werden, darunter vielleicht auch Marschall Foch selbst. Was die Munition anbetrifft, so ist ganz Ostdeutschland voller Lagerplätze mit Munition, die den Alliierten ausgeliefert würde. Nichts davon würde in polnische Hände kommen, wenn die Bolschewisten nicht in Polen einfallen. Andererseits würde den Polen diese ganze Munition zur Verfügung gestellt werden.

Daily Chronicle will erfahren haben, daß die Alliierten Polen jetzt geraten haben, sofort einen Waffenstillstand zu verlangen. Dann soll sich ergeben, ob Rußland Frieden oder Krieg wünscht. Wenn der bolschewistische Vormarsch fortgesetzt würde und sich auf polnisches Gebiet erstrecken sollte, würde die russisch-polnische Frage nicht nur für England, sondern für alle Staaten von höchster Wichtigkeit werden. Die Mitglieder des Völkerbundes würden verpflichtet, Polen gegen einen Einfall der Bolschewiki zu helfen.

Daily Expreß berichtet, daß die britische Regierung Kamenew und Krassin habe wissen lassen, es sei ratsam, ihre Abreise nach England hinauszuschieben, bis die Haltung Sowjetrußlands klar geworden sei.

Das internationale Räubertum

DA. Stockholm, 20. Juli.

In einem Funkspruch aus Moskau werden die als Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit Sowjetrußland genannten Bedingungen des Memorandums von Lloyd George kritisiert, besonders die darin enthaltene Wendung, die englische Regierung würde „über die zu ergreifenden Maßnahmen" mit den Alliierten beraten, falls die Bedingungen innerhalb der gesetzten Frist nicht angenommen werden. In dem Funkspruch heißt es dazu: „Die räuberische Gesinnung der Regierung des englischen Kapitals verbirgt sich hinter der Kanzleiphrase „die zu ergreifenden Maßnahmen". **Die Politik des internationalen Räubertums in weißen Handschuhen, das ist die Politik der sehr ehrenwerten Londoner Gentlemen.** Das französische Kapital beabsichtigt nicht, seine Waffen, oder richtiger gesagt, die Waffen seiner bezahlten Barbaren des „ancien régime" noch einmal ergreifen zu lassen. Als Antwort auf die Bitte Pilsudskis um Hilfe schickt Herr Millerand zu den 700 Offizieren, die schon im polnischen Heere kämpfen, noch 300. **Auf diese Weise wird bald der ganze Generalstab der französischen Armee in Polen sein.** Gleichzeitig unterhandelt die französische Armee sehr intensiv mit den Führern der konstitutionellen Demokraten in Paris und stellt diese Verhandlungen ganz demonstrativ den Verhandlungen Lloyd Georges mit Krassin gegenüber. Endlich setzen die französischen Diplomaten alles daran, ein Hervortreten Rumäniens zu veranlassen. Die Drohungen des englischen Memorandums werfen ein Licht darauf, in welcher Weise die Imperialisten ihre eigenen Meinungsverschiedenheiten für ihre Zwecke ausnutzen wollen und sich dabei von den Verpflichtungen, die sie Rußland gegenüber übernommen haben, befreien."

Rußland verweigert jede Entschädigung

DA. Kristiania.

Zu den englisch-russischen Verhandlungen teilt ein Moskauer Funkspruch mit, daß Rußland jede Art von Entschädigung, sowohl direkt, als auch verschleiert, verweigert. Die gewaltigen Verheerungen des Weltkrieges werde man nie wieder gutmachen können. Die russische Delegation schlägt vor, daß beide verhandelnden Parteien mit allen Staaten ein Uebereinkommen schließen, um einen internationalen Weltfonds zu gründen, aus dem die Mittel zur Wiedergutmachung der Schäden bezogen werden könnten.

Die Antwort Rußlands an England

T. U. Reval, 21. Juli.

Das russische Telegraphenbureau Moskau verbreitet einen längeren Auszug aus der Antwort Tschitscherins an die britische Regierung, in dem festgestellt wird, daß die gegenwärtige Haltung Englands in der Frage des Friedensschlusses zwischen Sowjetrußland und seinen Nachbarn vollkommen den Auffassungen Rußlands entspreche. Aber die Sowjetregierung habe von der polnischen Regierung noch keine direkte Erklärung erhalten, die den Wunsch ausspreche, Frieden zu schließen. Infolge seiner früheren Haltung zu Sowjetrußland und seinen Nachbarn könne England auch nicht als unparteiisch angesehen werden. **In der Frage der Beilegung des Konfliktes zwischen Sowjetrußland und Polen seien nur die Interessen der beiden beteiligten Länder maßgebend.** Das Hinzutreten einer dritten Macht würde die Schwierigkeiten nur vergrößern.

Der Friede zwischen Rußland und Litauen

T. U. Kowno, 21. Juli.

Ein drahtloses Telegramm aus Moskau bestätigt, daß der Friede zwischen Sowjetrußland und Litauen am 12. Juli in Moskau unterzeichnet wurde. Der Friedensvertrag garantiert die Unabhängigkeit Litauens seitens Rußlands. Unmittelbar nach der Ratifikation des Vertrages werden die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen werden.

Avanti vom Hurramob gestürmt

Rom, 21. Juli.

Manifestanten drangen in die Druckerei der römischen Ausgabe des Avanti ein, zerstörten die Maschinen und schleppten die Zeitungen nach einem benachbarten Platz, wo sie sie verbrannten. Den Zeitungsverkäufern wurde der Avanti entrissen und daraus unter Absingung vaterländischer Lieder in den Straßen im Zentrum der Stadt Fackeln gemacht.

Epoca versichert, daß ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen werden wird.

Der Generalstreik erklärt

Mailand, 21. Juli.

Nachrichten der hiesigen Blätter aus Rom besagen, daß infolge der gestrigen Zwischenfälle in Rom beschlossen worden ist, den Generalstreik für unbestimmte Zeit zu verkünden. An den Kundgebungen gegen die Straßenbahnangestellten wegen der roten Fahnen, die an den Wagen angebracht waren, haben angeblich auch zahlreiche Arbeiter teilgenommen, welche die Entfernung der roten Fahnen verlangten und ihre Ersetzung durch Fahnen in den nationalen Farben forderten.

Secolo meldet, daß die Arbeiterkammer von Mailand im Hinblick auf die Ereignisse in Rom heute vormittag auf dem Platz vor der Skala eine Versammlung einberufen hat. Die Arbeiter sind aufgefordert worden, ihre Arbeitsstätten um 4 Uhr zu verlassen und an der Versammlung teilzunehmen.

Smillie zur Kohlenfrage

Haag, 21. Juli.

Nieuwe Courant meldet aus London: Der Bergarbeiterführer Genosse Smillie wies in einer Rede in Northumberland daraufhin, daß die Kohlenerzeugung Deutschlands infolge der ungenügenden Ernährung der Bergleute sehr zurückgegangen sei. Er ist der Ansicht, daß, wenn die Entente an ihren Forderungen festhält, die Deutschen niemals imstande sein werden, die verlangte Kohlenmenge zu liefern, ohne daß gleichzeitig der deutschen Industrie ein derartiger Schaden zugefügt wird, daß von der Bezahlung einer Entschädigung keine Rede mehr sein könne.

Smillie machte ferner die vielsagende Bemerkung, daß die deutschen Bergarbeiter ein Teil der großen internationalen Bergarbeiterbewegung seien.

Frankreichs Gesamtkriegskosten

HR. Paris, 21. Juli.

Der Senat behandelte den Jahresetat. Der Abg. Deumer berichtete über die Frage der Kriegskosten. Diese haben 1918 das Maximum erreicht, nämlich 54½ Milliarden Francs. In den sieben Monaten des Jahres 1920 haben die Ausgaben noch 25¾ Milliarden betragen, insgesamt habe der Krieg dem Staate 223 Milliarden 360 Millionen Francs gekostet. Der gewöhnliche und außerordentliche Etat schließt mit einer Gesamtausgabe von 26 316 000 000, wozu noch einige hundert Millionen für Sonderausgaben hinzukommen.

Das schwarze Bayern

T. U. München, 21. Juli.

Der Landtag trat heute in die große politische Aussprache über die Programmerklärung der neuen Regierung ein. Der Redner der Bayerischen Volkspartei Dr. Knilling, sprach das volle Vertrauen seiner Partei zu der neuen Regierung aus. Der Sozialdemokrat Timm dagegen erklärte, daß seine Partei dem Ministerpräsidenten und besonders dem neuen Justizminister, Dr. Roth, kein Vertrauen entgegenbringen könne, da die neue Regierung kein demokratisches Ministerium sei. Der Unabhängige Blumtritt sagte der neuen Regierung den ersten Kampf an und verurteilte die Nichtauflösung der bayerischen Einwohnerwehren als eine Verletzung des Vertrages von Spaa.

Die proletarische Weltmacht

Der Boykott der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Europas gegen das Ungarn des weißen Terrors verdient als das wichtigste internationale politische Ereignis seit Jahren die aufmerksamste Beachtung der deutschen Arbeiterklasse. So bedeutungsvoll die Verhandlungen in Spaa und die eigentlich nun erst beginnende Anwendung der Versailler Formeln für Deutschlands Arbeiterschaft besonders ihrer Folgen wegen sein mögen — wichtiger noch ist die gewaltige internationale Aktion gegen die Budapester Mördersippe. Wichtiger, weil sie die praktische Probe auf die Wirksamkeit einer Aktion internationaler Solidarität darstellt und ein Mittel zeigt, daß auch dem deutschen Proletariat helfen kann, die äußersten Konsequenzen der nachteiligen Folgen der drückenden Verpflichtungen von Versailles und Spaa abzuwenden — ein Mittel allerdings, das nicht in den Dienst eines blöden deutschen Nationalismus, der sich häufig verbirgt hinter der lauten Entrüstung über die Forderungen der Alliierten, gestellt werden kann, sondern das für Deutschland erst wirksam zu werden vermag, wenn die deutsche Arbeiterklasse allein als herrschende Macht die Verantwortung für die Ausführung des Friedensvertrages von Europa trägt. Ungemein wichtig ist die Aktion gegen Ungarn ferner, weil sie die erste Tat internationaler Solidarität ist. Zum ersten Male macht das international organisierte Proletariat in dieser Form den Versuch, auf die inneren politischen Verhältnisse eines angeschlossenen Landes zugunsten der Arbeiterschaft umstürzend einzuwirken, eine Taktik, die von der Internationale bisher stets abgelehnt wurde, mit dem Bemerken, es sei Sache der Arbeiterklasse des betreffenden Landes selbst, tätig einzuwirken auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse im Lande und auf die Handlungen der Regierung.

Es ist nicht nur die völlige Ohnmacht der ungarischen Arbeiterschaft, die nach dem Ende der Sowjetherrschaft in Ungarn eingetreten ist, was den Gedanken zum internationalen Eingreifen wachgerufen hat. Die Aktion hätte auch erfolgen müssen, wenn Ungarns Arbeiterklasse weniger desorganisiert wäre. Es ist auch nicht die rein gefühlsmäßige Empörung über die viehischen Greuel des blutbesudelten Horthy-Regiments. Was auf dem Spiele steht, sind — zunächst — reingewerkschaftliche Interessen der europäischen Arbeiterschaft, nur daß sich hier zeigt, daß es reine gewerkschaftliche, von den politischen gesonderte Interessen der Arbeiter nicht gibt. Aber das Ziel der großen Bewegung ist nicht die Förderung der Revolution über ein bestimmtes Stadium hinaus, nicht die Errichtung oder — in diesem Falle — die Wiedererrichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse in Ungarn, sondern die Herstellung eines innerpolitischen Zustandes, der den Gewerkschaften jene Freiheiten garantiert, die sie nicht entbehren können, wenn sie die unmittelbaren Lebensinteressen der ungarischen Arbeiterschaft wirksam vertreten, also ihre spezifisch gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen sollen. Das ist unmöglich ohne ein gewisses Maß von politischer Freiheit.

Aber auch das Lohninteresse der europäischen Arbeiterschaft ist unmittelbar bedroht von der Herrschaft der blutrünstigsten Reaktion in Ungarn. Wir sehen ganz ab von der Gefahr der Fernwirkungen eines Triumpfes der Reaktion, die sich in Deutsch-Oesterreich bereits unverkennbar zeigt. Die Gefahr liegt vor allem darin, daß die ungarische Arbeiterschaft auf dem internationalen Markt als Lohndrücker in Erscheinung treten muß, wenn der Zustand der Unterdrückung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen Dauer bekommt. Von solchen Erwägungen empfängt das Eingreifen der gewerkschaftlichen Internationale ihre Rechtfertigung.

Die klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung in Ungarn ist gegenwärtig fast völlig zerstört. Die Organisationen sind aufgelöst, die Kassen und Bureaus sind beraubt, die Führer sind teils ermordet, teils in Haft, um der Ermordung durch die Justiz zu harren.

Aber damit begnügen sich die Herrscher über Ungarn nicht. Sie sind „Christen" — und nicht nur im Sinne der Gottgläubigkeit, sondern auch als Repräsentanten der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsrichtung. Karl Huszar, vor kurzem noch Ministerpräsident des Terrors, ist Mitglied des Vorstandes des internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes. Er wird die Gelegenheit der Ohnmacht der klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung benutzen, um seiner Richtung die Vormachtstellung unter den gewerkschaftlichen Strömungen in Ungarn zu sichern. Gewinnt er Zeit dafür, so kann die gegenwärtige Niederhaltung der sozialistischen Gewerkschaften eine fortwirkende tiefgehende Spaltung der ungarischen Gewerkschaftsbewegung hinterlassen, zum Nachteil der gesamten freigewerkschaftlichen Internationale. Wie weit der Einfluß dieses Mannes in christlich-gewerkschaftlichen Kreisen reicht, zeigt die Tatsache, daß es ihm in diesen Tagen gelungen ist, auf einer internationalen Tagung der Christen in Holland eine Gegenerklärung gegen den Boykott durchzusetzen.

Die Mitwirkung der ungarischen Gewerkschaften im internationalen Kampfe um ihr eigenes Recht, ist, soweit sie noch einen Rest von Leben zeigen, völlig passiv. Sie müssen

sich damit begnügen, die Forderung des Mörderregimes, der Rest der gewerkschaftlichen und politischen Führer der ungarischen Arbeiterschaft möge gegen den Boykott auftreten, abzulehnen. Die Gewerkschaften in Ungarn erheben als Preis für die Aufhebung des Boykotts Gegenforderungen, die zum Ziele haben, die Aktionsfreiheit der Gewerkschaften wieder herzustellen und zu garantieren, die geraubten Barmittel der Verbände herauszubekommen und die Funktionäre der Bewegung aus den Fängen der Blutjustiz zu befreien oder vor der Verfolgung zu bewahren. Forderungen also, die sich in der Tendenz decken mit den oben dargestellten treibenden Motiven der Boykottaktion der Gewerkschaftsinternationale. Mehr zu tun, gestatten die schwachen Kräfte der ungarischen Gewerkschaftsbewegung zurzeit nicht.

Vielleicht ist das die schwache Stelle in der Frontlinie der im Kampfe gegen den Terror stehenden Internationale. So falsch im gegenwärtigen Stadium der Geschichte Europas die Auffassung sein mag, ein Eingreifen der international-organisierten klassenbewußten Arbeiterschaft in die inneren Angelegenheiten eines Landes sei unmöglich, so richtig ist es zweifellos, daß eine internationale Aktion der vorliegenden Art zu einem restlosen Erfolg nur ausgemünzt werden kann durch die aktive Teilnahme der Arbeiterklasse des betreffenden Landes am Kampfe. Nachhaltige Wirkung auf die Gestaltung des politischen Lebens und der Verfassung eines Landes im Interesse der Arbeiterschaft kann nur ausgeübt werden durch die Tat der eigenen Arbeiterklasse. Internationale Aktion wird in einem Falle wie den ungarischen, stets nur Hilfsaktion sein können, wenn auch Hilfsaktion von weitgehender, vielleicht entscheidender Bedeutung.

Darum braucht die Aktion gegen Horthy-Ungarn nicht verfehlt zu sein. Sie wird nicht verfehlt sein, wenn die handelnde Internationale diese Schwäche ihrer Position erkennt und ihre Kräfte in vollem Umfange einsetzt. Das geschieht in musterhafter Weise in den Ländern, in denen der Schwerpunkt des Kampfes liegt, weil sie unmittelbar an Ungarn grenzen.

Wir aber müssen daraus die Lehre ziehen, daß internationale Aktionen von der Art der gegen Ungarn gerichteten nicht erst dann einsetzen dürfen, wenn die Not der Arbeiterklasse des von der Reaktion bedrohten Landes einen kaum noch zu übertreffenden Höhegrad erreicht hat. Sind sie zu diesem Zeitpunkt möglich, dann ist der gleiche Weg auch — sofern gewisse psychologische Voraussetzungen gegeben sind, was diesmal infolge des allgemeinen Abscheues vor der blutriefenden Horthyherrschaft der Fall ist — in einem anderen politischen Stadium gangbar. Zu solchem Zweck aber ist notwendig, daß sich die Internationale jederzeit des momentanen politischen Interesses der Arbeiterklasse der Welt bewußt werden kann. Das kann nur geschehen, indem ein gut geleiteter, jederzeit bereiter internationaler Gedankenaustausch stattfindet, der die brennenden internationalen politischen Probleme in jedem Augenblick zur Erörterung stellt, und wenn die Internationale organisatorisch fest gefügt ist. Voll zu lösen vermag diese Aufgabe indes nur die internationale Vereinigung der politischen Parteien des klassenbewußten Proletariats. Solange eine solche nicht besteht, wird mancher Augenblick verpaßt werden, denn nicht immer liegen die Dinge so, daß die gewerkschaftliche Internationale, die schnell wieder errichtet worden ist und heute schon wieder eine starke Aktionsfähigkeit zeigt, zum Eingreifen bereit und geeignet ist. Ihre Aufgaben, die sie auf anderen Gebieten hat, sind zu vielfältig und zu wichtig, als daß sie auch dazu noch Zeit gewinnen könnte. Oder ist die Aktion gegen den ungarischen Terror etwa ein Zeichen dafür, daß das Schwergewicht der internationalen Arbeiterbewegung infolge der Zersplitterung der politischen Internationale auf die gewerkschaftliche übergeht? Zum Vorteil für die Gesamtbewegung und für die Zukunft der europäischen Revolution wäre das nicht.

Im gegenwärtigen Kampfe steht die Internationale nicht nur gegen Horthy-Ungarn. Die Front ist hüben und drüben international. Die bürgerliche Welt verfolgt die Bewegung mit gespanntester Aufmerksamkeit. Man wagt zwar nirgends einen offenen Druck auf die in der Bewegung stehenden Arbeiterschaft zugunsten Ungarns auszuüben, aber überall, wo die Burgeoisie Einfluß auf die Regierungen hat, versuchen die Behörden, die ihnen unterstellten Beamten der öffentlichen Verkehrsinstitute, deren Mitwirkung für den Erfolg des Boykotts ungemein wichtig ist, an der Teilnahme an der Bewegung zu hindern. Woraus die Arbeiterschaft die Lehre zu ziehen hat, daß der Sieg nur möglich ist, wenn alle Schichten des Proletariats von einer fest geschlossenen, von einmütigem Willen beseelten Organisation umfaßt werden.

Vor dem Boykottbeschluß hatte das internationale Gewerkschaftssekretariat eine Anklage gegen Horthy-Ungarn an den Obersten Rat des Völkerbundes gerichtet. Die Mühe war vergeblich. Darauf schritt die Internationale zur Tat und erklärte: „Der Internationale Gewerkschaftsbund übernimmt die Aufgabe der Regierungen und ruft die Arbeiter aller Länder auf, ab Sonntag, den 20. Juni, jede Arbeit zu verweigern, die dem Ungarn des weißen Terrors direkt oder indirekt zugute kommen würde."

Fünf Tage nach dem Beginn des Kampfes war Ungarn vollständig abgesperrt.

Der Aufruf der Internationale zum Boykott war kaum erschienen, da ging schon ein Raunen durch die Zunft der internationalen Diplomatie. Alle Reparationskommissionen setzten sich in Bewegung, um das drohende Unheil von der ungarischen Reaktion abzuwenden. Man vergaß plötzlich — oder hatte längst vergessen, daß die Horthy-Reaktion in den ersten Tagen ihres Daseins den Vertretern der Ententeregierungen in Ungarn die Zusage gegeben hatte, daß keine blutigen politischen Verfolgungen stattfinden würden. Man suchte Verhandlungen einzuleiten, um die seinerzeit selbst verpönte Blutherrschaft zu retten, die auch zustande kamen, in denen aber Fimmen, der Sekretär der Gewerkschaftsinternationale, fest blieb.

Ebenso fest müssen die Arbeitermassen zur Sache halten. Internationale kapitalistische Solidarität steht gegen internationale proletarische Kampfgemeinschaft. So wird es immer sein, wenn sich das Proletariat seines wahren Interesses und seines ewigen unabänderlichen Gegensatzes zur kapitalistischen Welt bewußt ist und danach handelt. Daß das Proletariat sich wieder zu solchem Bewußtsein durchringt, nachdem Nationalismus und Opportunismus, Krieg und Hunger heillose Verwüstung in Köpfen und Organisationen angerichtet haben, ist die erste Voraussetzung für das Gelingen kommender internationaler Kämpfe. Dieses Bewußtsein stählt sich am besten im Kampfe. Darum ist es hoch anzuerkennen, daß die Gewerkschaftsinternationale die Initiative ergriffen und das Proletariat ins Treffen geführt hat.

Im Porzellanladen

In der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung" beschäftigt sich Herr Alexander Redlich mit der Haltung der Arbeitervertreter bei der Verhandlung in Spaa. Wir fühlen uns an sich nicht berufen, die Verantwortung und Verteidigung für die Aeußerungen und Handlungen der deutschen Arbeitervertreter in Spaa nach dieser Richtung hin zu übernehmen. Da Herr Redlich aber dabei auf unseren gestrigen Leitartikel zu sprechen kommt und sich außenpolitisch wie innenpolitisch wie ein tanzender Bär im Porzellanladen bewegt, so halten wir uns doch für verpflichtet, ihn ein wenig auf die Scherben aufmerksam zu machen. Den Angriff gegen unseren gestrigen Leitartikel hätte Herr Redlich sich sparen können, wenn er sich die Mühe gemacht hätte, ihn bis zu Ende zu lesen. Er hätte dann gemerkt, daß wir uns keineswegs gegen eine planmäßige Organisation für das Zusammenarbeiten der deutschen und französischen Kohlenindustrie bei der Wiederaufbauarbeit der französischen Gebiete sowie beim wirtschaftlichen Aufbau Europas gewendet haben, sondern daß wir gerade die kapitalistische Form, die in den Plänen des Herrn Stinnes zum Ausdruck kam, deshalb verurteilen, weil sie, wie dies bei der kapitalistischen Profitwirtschaft unvermeidlich gegeben ist, nur störend auf die wirtschaftlichen Wiederaufbaufragen wirken kann. Wir haben deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es die Aufgabe der internationalen Organisation der Arbeiterschaft ist — und zwar derjenigen Organisation, der die Regelung der wirtschaftlichen Probleme obliegt — ihrerseits alles zu tun, um eine großzügige und planmäßige Organisation für den gemeinsamen Aufbau nicht nur der deutschen und französischen, sondern auch der russischen und europäischen Wirtschaft überhaupt zu schaffen, allerdings nicht nach den kapitalistischen Plänen des Herrn Stinnes.

Was nun die Kritik Redlichs an dem Verhalten der Arbeitervertreter angeht, so müssen wir gestehen, daß wir sie nicht ganz begreifen. Gerade Herr Redlich war es, der vor wenigen Tagen einen Leitartikel dazu verwandte, um gegen die deutschen Wirtschaftssachverständigen vom Schlage des Herrn Stinnes den Vorwurf zu erheben, daß sie sich nicht mit der Abgabe ihres Sachverständigengutachtens begnügten, sondern den Versuch gemacht hätten, selbst in die Führung der politischen Geschäfte einzugreifen. Und den Politikern machte er den Vorwurf, daß sie diesen Versuch nicht prompt genug abgewehrt haben.

Wir können Herrn Redlich darin zustimmen, verstehen es aber um so weniger, wie er dann den deutschen Arbeitervertretern einen Vorwurf daraus machen kann, daß sie genau nach seinem Muster handelten, ihr Gutachten abgegeben und dann Spaa verlassen haben, die politischen Konsequenzen den verantwortlichen Politikern überlassend. Wir wünschten nur, daß Herr Stinnes sich ebenso verhalten hätte, dann wäre wahrscheinlich manches besser in Spaa verlaufen. Wenn aber Herr Redlich meint, auch die deutschen Arbeitervertreter hätten wissen müssen, daß Kohlenverschiebungen an der Tagesordnung waren, so stellt er sich dümmer, als er ist. Denn auch er weiß sehr gut, daß über die Größe dieses Faktors und über die Möglichkeit, ihn als Ersatz für die ausfallenden, an die Entente zu liefernden Kohlenmengen zu verwenden, außer Herrn Stinnes eigentlich nur die sonst an den Kohlenverschiebungen selbst tätig beteiligten Kohlenmagnaten Auskunft geben können. Sollte aber Herr Redlich um alle diese Dinge schon in Spaa gewußt haben, so müßten wir die Anerkennung, die wir seiner objektiven Berichterstattung kürzlich gezollt haben, dahin einschränken, daß auch er es unterlassen hat, die deutsche Oeffentlichkeit davon zu unterrichten, daß die Zahlen des Herrn Stinnes infolge der Nichtbeachtung zweier wichtiger Faktoren falsch waren.

Der Kappist der Deutschen Zeitung

In der Morgenausgabe der „Deutschen Zeitung" beschäftigt sich ein mit „Hbg." zeichnender, nichts könnender Gernegroß mit der Rede des Ministers Simons vor den Pressevertretern. Von den Fragen der auswärtigen Politik versteht der Herr so viel, wie die Kuh von der Bereitung von Schlagsahne. Die Methoden zügelloser Verdächtigung sind ihm aus der eigenen Praxis nur allzu gut bekannt. So scheut er sich nicht, dem Minister den Verdacht anzuhängen, er habe sich in seinem Urteil über die Möglichkeit der Durchführung der Kohlenforderungen der Entente von Leuten beeinflussen lassen die nach den Behauptungen des Herrn Stinnes, der die Besetzung des Ruhrgebiets aufs eifrigste herbeizuführen bemüht war, „aus einer fremdländischen Psyche heraus den deutschen Widerstand gegen unwürdige Zumutungen gebrochen haben". Dieser wohlweislich verschleiert angedeutete Verdacht ist von einer solch niedrigen Gemeinheit, daß wir gezwungen sind, aus unserer Reserve, die wir bisher bewahrt haben, herauszugehen.

Da wir in der Versammlung der Pressevertreter, in der der Minister Simons über Spaa sprach, zu unserem höchsten Erstaunen Herrn von Heimburg gewahren konnten, so gehen wir wohl nicht fehl, ihn als den Verfasser der betreffenden, mit seiner Namensabkürzung gezeichneten Notiz zu vermuten. Herr Oberleutnant von Heimburg, der in versteckter Weise Minister des Landesverrats beschuldigt, ist jener Oberleutnant, der unter Herrn Noske Pressedezernent bei Lüttwitz war. Schon damals benutzte er seine Position, um die Machenschaften der Putschoffiziere vor der Presse zu verschleiern und diese über die klaren Absichten der Reichswehr irrezuführen. Selbst die verantwortlichen Pressestellen der Reichsregierung sahen seinem Treiben mit größtem Mißtrauen zu und bemühten sich, diesen Herrn aus seiner Position zu beseitigen, was allerdings unter Herrn Noskes Regiment mißlingen mußte.

Beim Kapp-Putsch fand Herr von Heimburg Gelegenheit, sich für seine Bestrebungen zu revanchieren. Er war plötzlich eine sehr wichtige Persönlichkeit geworden, die zum engsten Kreise der Herren Lüttwitz, Bauer und des Hauptmanns Pabst gehörte und sich durch eifrige Tätigkeit für die Kappisten auszeichnete. Während die Haltung der übrigen Vertreter der Pressestelle des Reichswehrministeriums zum mindesten zweideutig war, betätigte sich Heimburg ganz deutlich als eifriger Förderer der Kappisten. Er versuchte es, den damaligen Pressechef der Reichskanzlei, Herrn Breuer, verhaften zu lassen. Als ihm das mißglückte, und er sich vor der Pressekonferenz rechtfertigen sollte, **kniff er in der feigsten und erbärmlichsten Weise und leugnete seinen Versuch, der durch mehrere Augenzeugen bewiesen werden konnte.** Herr von Heimburg hat sich damals aufs intensivste an den Verhandlungen mit den sogenannten Vertretern der Arbeiterschaft beteiligt. Er hat sich, zwar planlos, aber mit großem Eifer, der Erhaltung der Kappregierung gewidmet und beispielsweise versucht, **durch Drohungen die Berliner Buchdrucker zur Ausgabe des Streiks zu bewegen.**

Nach dem Ende des Kapp-Putsches war es mit seiner Position als Pressedezernent selbstverständlich vorbei; aber Herr von Heimburg verschwand nicht etwa, und wer glaubte, daß er nun vom Staatsanwalt wegen Beteiligung an dem landesverräterischen Kappunternehmen gesucht werde, der irrte sich. Herr von Heimburg ging alltäglich im Reichswehrministerium aus und ein. Gleichzeitig dehnte er seine Mitarbeit an der „Deutschen Zeitung" sehr energisch aus und erkaufte die Aufnahme seiner von Dummheit und Unwissenheit strotzenden außenpolitischen Artikel damit, daß er der „Deutschen Zeitung" das Spitzelmaterial des Reichswehrministeriums übermittelte. Nunmehr hat es Herr von Heimburg zum bevorzugten Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung" gebracht und kann als ehemaliger Kappist sich ungestraft erlauben, deutsche Minister in versteckter Form des Landesverrats zu beschuldigen. Immerhin ein erbaulicher Zustand!

Ein Demokrat

Dem Abgeordneten Gothein, den viele Leute, zu denen er selbst gehören dürfte, für einen Demokraten halten, ist es gelungen, den lauten Beifall der „Deutschen Tageszeitung" zu erringen durch einen Artikel im „8 Uhr-Abendblatt". Und gäbe es einen Ehrenpreis für unnatürlichen Mangel an sozialem Verständnis — um es gelinde auszudrücken, denn mehr erwarten wir von einem Demokraten nicht, — so wäre Herr Gothein Preisträger. Gäbe es ferner eine Justiz, die Anklagen wegen Aufreizung zum Klassenhaß nicht nur gegen Vertrauensleute der klassenbewußten Arbeiterschaft, sondern auch gegen andere politische Kreise zu erheben pflegt, so käme Herr Gothein aus dem Kittchen nicht heraus.

In dem besagten Artikel in jener Straßenzeitung, in der mit Vorliebe ehemalige oder gegenwärtige — vielleicht auch zukünftige Minister ihre Weisheit in Leitartikeln niederzulegen pflegen, läßt Herr Gothein eine wüste Schimpfkanonade gegen die deutschen Landarbeiter los. „Manche Landarbeiterorganisationen" benutzen nach Herrn Gothein die bevorstehende Getreide- und Frühkartoffelernte „zur Erpressung höherer Löhne und noch kürzerer Arbeitszeit". Das sei Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, denn es liege kein berechtigter Grund zu den Forderungen der Landarbeiter vor. Denn „heute steht sich der landwirtschaftliche Arbeiter bei reichlichen Naturalbezügen und erheblich gestiegenem Barlohn meist wesentlich besser als der städtische", behauptet Herr Gothein. Zornglühend erklärt er sodann, der achtstündige Arbeitstag für die Landwirtschaft erweise sich als eine „Versündigung am ganzen Volk".

Zunächst gestatten wir uns, Herrn Gothein zu Gemüte zu führen, daß sein demagogischer Versuch, die städtischen Arbeiter gegen die Landarbeiter aufzuhetzen, indem er jenen zu verstehen gibt, sie seien erstens schlechter gestellt und müßten zweitens mit ihren niedrigen Löhnen hohe Lebensmittelpreise bezahlen, damit die Landarbeiter Geheimratseinkünfte beziehen könnten, kläglich scheitern muß. Die städtischen Arbeiter sind zu gut unterrichtet über die Lage des Landproletariats, denn die Fühlung zwischen beiden Gruppen ist zum Glück eine sehr innige. Paßt ihnen das nicht, Herr Gothein? Wenn Exzellenz jedoch von der schlechten Lage der städtischen Arbeiterschaft so fest überzeugt sein sollten, so wäre es eine ersprießliche Tat, für deren Besserstellung einzutreten, statt gegen die Landarbeiter zu hetzen.

Es ist bekannt, daß die Forderungen der Landarbeiter außerordentlich mäßig sind. Die Zurückhaltung der Landarbeiter geht so weit, daß sie sich bei allen Tarifverhandlungen regelmäßig noch erhebliche Abstriche gefallen lassen, eben um die Ernte nicht in Gefahr zu bringen. Es ist ferner bekannt, daß es einen Achtstundentag in der Landwirtschaft, im Sinne der achtstündigen Arbeitszeit in der Industrie, nicht gibt. Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft richtet sich nach dem durch die Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion gegebenen natürlichen Bedürfnis. Wert legt die Landarbeiterschaft auf eine Regelung der Arbeitszeit, weshalb sie sich gegen eine grenzenlose Arbeitsdauer nach den Gefallen der Agrarier allerdings zur Wehr setzt.

Wir müssen auch diesem Demokraten gegenüber wieder betonen, daß die Ursache für häufige Beunruhigungen der landwirtschaftlichen Produktion vorwiegend dadurch hervorgerufen wird, daß die Agrarier — besonders in Pommern — von der Forderung nicht abstehen, daß eine gelbe Eunuchengesellschaft als Tarifkontrahent neben den deutschen Landarbeiterverband anerkannt werden möge. Die Grundbesitzer hoffen auf diese Art, die Stoßkraft der organisierten Landarbeiter zu schwächen durch gegenseitige Verhetzung. Genau wie Herr Gothein! Und darum ist es begreiflich, daß die „Deutsche Tageszeitung" von der „erfreulichen Erkenntnis" dieses Demokraten mit Genugtuung Notiz nimmt und von dem Erleuchteten entsprechende Taten fordert.

Die Untersuchungskomödie

Der Untersuchungsausschuß beim Reichswehrministerium, der das Verhalten der Offiziere während des Kapp-Putsches prüfen soll und der wohl schon von vielen für tot gehalten wurde, läßt wieder etwas von sich hören. Er teilt mit, daß die Untersuchung gegen die Marineoffiziere abgeschlossen sei. Insgesamt wurden 230 Offiziere beschuldigt. Der Ausschuß hat die Fälle folgendermaßen abgeschlossen: 1. bei fünf Fällen ist Verabschiedung, 2. bei 13 Fällen Dienstenthebung, 3. bei 41 Fällen Beurlaubung, 4. bei 11 Fällen Versetzung, 5. bei 23 Fällen Umkommandierung, 6. bei 12 Fällen Disziplinaruntersuchung, 7. bei 120 Fällen ist beantragt worden, nichts zu unternehmen.

Bei den unter 1. bis 4. genannten Fällen sind die Akten sämtlich dem Oberreichsanwalt zur gerichtlichen Klarstellung und evtl. Aburteilung übergeben. Außerdem wurden in weiteren 30 Fällen der Anträge 5. bis 7. die Akten aus den gleichen Gründen dem Oberreichsanwalt überwiesen. An Beschuldigungen gegen Offiziere aus der Reichswehr sind insgesamt 509 eingelaufen, von denen zurzeit mehr als 360 erledigt worden sind.

Ja, dieser famose Untersuchungsausschuß hat wirklich viele Fälle „erledigt". Wir wollen ihm sogar zugestehen, daß er gründlich und vielseitig zu Werke gegangen ist, so gründlich, daß das praktische Ergebnis seiner Untersuchungen gleich Null sein wird. Denn selbst wenn es allen seinen Mitgliedern wirklich ernst mit der gestellten Aufgabe gewesen wäre: Glaubt in Deutschland jemand im Ernst daran, daß selbst von den Schwerverbrechern aus der Kappzeit auch nur einer jemals bestraft werden würde? Und darauf kommt es doch an!

Streik im Lebensmittelhandel

Nachdem alle Versuche mit den Unternehmern zu einer Einigung zu kommen, vergeblich waren, hat die Versammlung der Angestellten im Lebensmittelhandel Mittwoch abend beschlossen in den Streik zu treten. Heute, Donnerstag, treten die größeren Geschäfte in den Ausstand, in denen die Forderungen noch nicht bewilligt wurden, morgen, Freitag, werden die kleineren nachfolgen. 201 Geschäfte mit über 3000 Angestellten haben bereits die Forderungen bewilligt. Diese Geschäfte werden durch Plakate des Zentralverbandes der Angestellten kenntlich gemacht. Die Gewerkschaftskommission und die Asa werden heute über den Boykott beschließen. Es ist jedoch schon als sicher anzunehmen, daß die ganze Arbeiterschaft die berechtigten Forderungen der Angestellten unterstützen wird. Der Streikbeschluß wurde einstimmig gefaßt.

Englands Kriegskosten. Amtlich wird gemeldet, daß vom Waffenstillstand bis zum 31. März 1920 die Kosten Englands für die militärischen Operationen zu Wasser und zu Lande in Rußland 55 973 000 Pfund Sterling betragen, wovon 31 944 000 auf die militärische Aktion und der Rest auf das Hilfswerk für die Russen entfallen.

Spannungen im Auswärtigen Ausschuß

Unbedingte Neutralität Deutschlands!

Berlin, 21. Juli.

Der Ausschuß für die Auswärtigen Angelegenheiten setzte heute nachmittag seine Verhandlungen fort.

Abg. **Spahn** weist darauf hin, daß auch bei der Auslegung des Friedensvertrages die Machtfrage von Bedeutung ist. Hinsichtlich der Möglichkeit, das verlangte Kohlenquantum zu liefern, ist der Redner der Meinung, daß der Versuch zum Liefern auf jeden Fall gemacht werden muß und bei allseitigem guten Willen Erfolg haben kann. Die Haltung der Delegation billigt der Redner.

Abg. Dr. **Stresemann** gibt zur Erwägung, in der Kommission von einer Beschlußfassung abzusehen und das Votum dem Plenum des Reichstages zu überlassen. Der Redner erörtert eingehend die Kohlenfrage. Nach sachkundigen Feststellungen würde eine Minderbelieferung um 20 Prozent eintreten. Der zähe Widerstand der Unternehmer-Sachverständigen war kein Ausfluß kapitalistischer Anschauung, sondern entsprach auch der Auffassung der Arbeitersachverständigen und war lediglich wirtschaftlich basiert. Die Zusagen wegen der oberschlesischen Kohle seien für die Durchführung des Abkommens von größter Wichtigkeit. Der Redner **weist dann eingehend die gegen den Abg. Stinnes gerichtete Kritik zurück.** Abgesehen von Einzelheiten sei zu betonen, daß durch das Auftreten der Herren Stinnes und Hues erst die Entente auf den Weg von Verhandlungen gebracht worden sei. Separatistische Bestrebungen werden von der Großindustrie abgelehnt, und es ist bedauerlich, daß Herrn Stinnes untergeschoben worden sei, er würde aus privaten Interessen einen Einmarsch nicht mit scheelen Augen entgegengesehen haben. Unbeschadet der Stellung seiner Freunde zum Gesamtkomplex der Frage stimmten sie der Würdigung der Leistung des Ministers des Auswärtigen zu.

Abg. **Schiffer:** Es sei unrichtig, irgendwie von einer Revision des Versailler Vertrages zu reden. Unser Rechtsstandpunkt müsse gegenüber den Einmarschdrohungen mit allem Nachdruck vertreten werden. Unklar sei die Frage, was unter Entwaffnung der Sicherheitspolizei zu verstehen sei. Anknüpfend an die Bemerkungen des Ministers Simons über die mögliche Beratung in der Frage der Sicherheitspolizei durch ausländische Fachmänner, betont der Redner, daß viel wichtiger im Inland die Mitarbeit aller bei der Bevölkerung Ansehen genießenden Persönlichkeiten bei der Entwaffnungsaktion sei. Er wende sich dabei ebenso nach rechts wie nach links. Hinsichtlich der psychologischen Beurteilung des Abkommens weist der Redner auf die neueste Rede des französischen Ministerpräsidenten Millerand hin, in der gerade in Verbindung mit Spaa die **deutlichsten Einmischungsabsichten ausgesprochen seien.** Das müsse mißtrauisch machen.

Die Entsendung eines französischen Gesandten nach München liege in derselben Linie. **Durch unsere gestern verkündigte Neutralitätserklärung ist die Streitfrage endgültig aus der Welt geschafft, ob wir mit Sowjetrußland in Frieden seien oder nicht.** Nach seiner Meinung hätten wir uns auch vor der Neutralitätserklärung **in Frieden mit Rußland befunden.** Die Neutralitätserklärung habe jedoch Konsequenzen, die man sorgfältig ins Auge fassen müsse. Gewöhnlich werde der Fehler begangen, unsere Stellung im Verhältnis zu den andern als wichtiger anzusehen, als sie von den andern eingeschätzt wird. Ueber die tatsächliche Rolle, die wir gegenwärtig ausüben, müsse man sich klar sein, und es werde vielleicht Gelegenheit sein, das Abkommen von Spaa auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten.

Abg. Dr. **Pfeiffer** schließt sich in mehreren Punkten den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Dr. **Breitscheid** vertritt gleichfalls den Standpunkt, daß in dem Ausschuß Beschlüsse nicht gefaßt werden sollten. Die Erfolge von Spaa seien nicht beträchtlich. Enttäuscht aber kann nur sein, wer mit falschen Erwartungen nach Spaa gegangen sei. Eine Revision des Friedensvertrages sei **nur von dem Einfluß der arbeitenden Klassen** zu erwarten. Daß in Spaa nicht mehr erreicht sei, sei nicht allein Schuld der Entente. Die bisherigen Regierungen Deutschlands hätten es nicht verstanden, das gegen Deutschland bestehende Mißtrauen zu beseitigen. In der Kohlensache haben wir aber jetzt doch mit einer geringeren Summe zu rechnen, als bisher. Kann Frankreich auf die früheren Ziffern zurückgreifen, wenn wir nicht in der Lage sein sollten, das verlangte Quantum in den nächsten drei Monaten zu leisten! Der Redner geht dann auf die Militärfrage ein. Gegenüber dem Abgeordneten Schiffer erklärt er die Auffassung, als ob sich die Waffen besonders in den Händen der Arbeiter befänden, für **unrichtig** (Abg. Schiffer: beide Seiten!) und verweist auf die Waffen, die in den Händen der Gutsbesitzer seien. Hinsichtlich unserer Neutralitätserklärung bezeichnet er es als das beste Mittel, um die Sorge vor Neutralitätsverletzungen zu beseitigen, **mit der Sowjetregierung Beziehungen aufzunehmen.** Der Redner vertritt gegen den Abgeordneten Stresemann die Meinung, daß das Auftreten des Abg. Stinnes nicht günstig gewesen sei, und verbreitet sich des näheren hierüber. Was soll geschehen, um die erforderliche Mehrforderung herbeizuführen? Der Redner **warnt vor dem Gedanken einer Verlängerung der Arbeitszeit.** Er wünsche nicht die Besetzung des Ruhrgebietes. Würde aber eine Verlängerung der Arbeitszeit kommen, so würde die Abneigung der Arbeiter gegen fremde Besetzung sehr nachlassen. Es wäre ihnen im Grunde gleichgültig, für welche Kapitalisten sie arbeiten.

Abg. **Stampfer** tritt dieser letzteren Aeußerung des Vorredners entgegen. Die Arbeiter ließen sich von derartigen materialistisch-egoistischen Beweggründen in der Einmarschfrage nicht leiten und sind unter allen Umständen gewillt, die Einheit der Nation zu erhalten. Ein sozialisiertes Ruhrgebiet würde für die internationale Arbeiterschaft geheiligtes Land sein.

Abg. **Hötsch:** Seine Partei habe keine besonderen Erwartungen an die Konferenz von Spaa geknüpft und sei deshalb nicht enttäuscht. Er begrüßt es mit Genugtuung, daß die Stellung des Ministers des Auswärtigen von Tag zu Tag gewachsen sei. Er habe sich anscheinend Vertrauen der anderen Seite erworben, und das sei viel. Er befürchte aber, daß die Delegation nicht mit einem genügend klaren Programm nach Spaa gegangen sei. Die Ausführungen des Ministers in der Entwaffnungsfrage hätten ihn nicht überzeugt. Der Redner setzt sich sodann mit der Auffassung des Abg. Dr. Breitscheid über die Lage im Osten auseinander. Die Neutralitätserklärung habe er besonders begrüßt. Die Fragen des Ostens hätten schon in Spaa zur Sprache gebracht werden müssen. Daß der Minister die Entente aufgefordert habe, auf die Abstimmung in Oberschlesien zu verzichten, hält er für bedenklich. Das, was unterschrieben ist, hielten seine Freunde nicht für erfüllbar.

Reichskanzler **Fehrenbach:** Der Vorredner habe geglaubt, es sei ein Fehler gewesen, daß wir nicht versucht hätten, auf die Tagesordnung Einfluß zu nehmen. Das sei ein Irrtum. Wir hätten nicht annehmen können, daß die Militärfrage zur Sprache kommen würde, jedenfalls nicht sofort, und zwar auf Grund der vorangegangenen Kundgebungen der Alliierten, wonach die Frage für sie erledigt schien. Nach der Ankunft in Spaa am Sonntag abend habe Lloyd George durch seinen Adjutanten mitteilen lassen, daß als erster Punkt der Tagesordnung die Abrüstungsfrage behandelt würde. Die Schwierigkeit der Verständigung mit Berlin hat eine Verzögerung in der Ankunft der militärischen Sachverständigen herbeigeführt. Wenn wir auf einer Aenderung der Tagesordnung bestanden hätten, hätten wir gleich im Anfang einen Mißerfolg gehabt. Daß die Reparationsfrage in Spaa nicht mehr ausführlich zur Sprache kam, sei kein Unglück. Es sei jetzt eine bessere Vorbereitung der Frage für Genf möglich.

Abg. Freiherr v. Lersner geht kurz auf die Vorgeschichte der Einmarschklausel ein und führt insbesondere die Note vom 23. Dezember an. Die Entente wisse, daß sie gar nicht das Recht zum **Einmarsch habe.** Ein Einmarsch würde ein Bruch des Versailler Friedens und des Völkerrechts sein.

Abg. Frau **Sender** wendet sich gegen Ausführungen des Reichskanzlers und des Ministers des Auswärtigen und polemisiert gegen die Beteiligung des Abg. **Stinnes** an den Verhandlungen in Spaa. Die Rednerin teilt zur Lage im Osten mit, daß in **Ludwigshafen Waffentransporte der Entente nach dem Osten eingetroffen seien. Die Arbeiter hätten die Beförderung dieser Waffen abgelehnt. Gegen Separationsbestrebungen trete ihre Partei mit aller Schärfe auf.**

•

Die einzelstaatlichen Ministerpräsidenten über Spaa

In einer Sitzung der Ministerpräsidenten der Einzelstaaten erstattete am Mittwoch der Außenminister Dr. Simons Bericht über die Verhandlungen von Spaa. An diesen Vortrag, so wird amtlich berichtet, schlossen sich Darlegungen des Reichswehrministers Geßler über die militärischen Fragen und des Reichsministers des Innern Koch über die technischen Fragen der Entwaffnung. Der Berichterstattung folgte eine mehrstündige Aussprache. Dabei kam von den verschiedensten Seiten die Sorge über die schweren militärischen Bedingungen zum Ausdruck, die uns von der Entente angesichts unserer schwierigen politischen Lage auferlegt worden sind. Ebenso wurden die Lasten des Kohlenabkommens für unsere Arbeiterschaft und für unsere Industrie sehr ernst beurteilt. Gleichwohl wurde anerkannt, daß die Delegation in Spaa nicht in der Lage war, andere Ergebnisse zu erzielen, und es wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß alles daran gesetzt werden müsse, den Verpflichtungen des Abkommens gerecht zu werden.

Die Herren Ministerpräsidenten scheinen also immer noch der Meinung zu sein, daß „die schwierige politische Lage" nur mit den Mitteln der brutalen Gewalt und dadurch gelöst werden könne, daß man dem reaktionären Bürgertum die Waffen beläßt!

Ungenügende Auskunft

Wir hatten gestern an den Minister des Auswärtigen die Frage gerichtet, was er zu dem Erlaß zu sagen habe, der den Angestellten seines Amtes vorschreibt, daß sie jeden politischen Artikel zunächst zur Zensurierung ihrem Dezernenten vorzulegen haben. Anstelle des Ministers hat sich heute ein untergeordneter Beamter des Auswärtigen Amtes zu dieser Angelegenheit geäußert. Es ist uns höchst gleichgültig, was irgendein Beamter des Auswärtigen Amtes, der nicht im Auftrage des Ministers spricht und der aus irgendwelchen Gründen für sich selbst das Recht der freien Meinungsäußerung überhaupt nicht in Anspruch nimmt, auf unsere Anfrage zu erwidern hat. Wir entnehmen aus seinen Feststellungen nur, daß in der Tat ein solcher Erlaß ergangen ist, daß man also im Auswärtigen Amt sich nicht scheut, über die angeblich verfassungsrechtlich garantierte Meinungsfreiheit zur Tagesordnung überzugehen. Es ist selbstverständlich, daß unsere Anfrage mit dieser durchaus unmaßgeblichen Antwort nicht erledigt ist, und daß der Minister des Auswärtigen eventuell dem Reichstag darüber wird Rechenschaft geben müssen, wie dieser Erlaß mit der Verfassung zu vereinbaren ist.

Unverwüstlich!

Die Erfindungsgabe der Herren, die in Deutschland die öffentliche Meinung mit ihren Schwindelnachrichten über Rote Armeen im Atem halten müssen, ist so umfangreich, daß alle amtliche Stellen sich vergeblich bemühen, ihren Blödsinn zu dementieren. Vorgestern haben bereits die „Berliner Volkszeitung", die „Vossische Zeitung" und auch die „Germania" ernsthaften Einspruch gegen diesen Unfug erhoben. Gestern müssen sämtliche Blätter die Mitteilung von amtlicher Stelle wiedergeben, daß die Ermittelungen, die der Senat in Hamburg angestellt hat, keinerlei Anhaltspunkte für das Auftreten einer Roten Armee in Hamburg ergeben haben. Auch über eine Versammlung, in der ein angeblicher Mobilmachungsplan für Rote Truppen bekanntgegeben worden sein soll, ist in Hamburg nichts zu ermitteln gewesen. Eine solche Versammlung hat sicher nicht stattgefunden. Trotz alledem scheut selbst die „Vossische Zeitung" sich nicht, einen neuen plumpen Schwindel über eine Rote Armee in — Ostpreußen in die Welt zu setzen. Ihr Königsberger Berichterstatter beruft sich dabei auf die Insterburger konservative Zeitung, die alle Ursache hat, die geheimen Rüstungen und Organisationen der Großgrundbesitzer zu verschleiern. Wir sind begierig, wie lange die amtlichen Stellen brauchen werden, um diesen neuesten Schwindel wieder aus der Welt zu schaffen.

Reichshilfe für die Textilindustrie

Dieser Tage fand wie den „B. P. N." mitgeteilt wird, auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums bei der Reichsstelle für Textilwirtschaft im größeren Kreise eine Besprechung statt über die allgemeine und in einzelnen Teilen des Reichs sich bedrohlich entwickelnde Absatzstockung in der Textilindustrie, die im Hinblick auf die bereits eingetretenen und weiter bevorstehenden Betriebseinstellungen und die dadurch vermehrte Erwerbslosigkeit der Textilarbeiterschaft tunlichst bekämpft werden muß.

Staatssekretär Dr. Hirsch legte in längeren Ausführungen die Ursachen der Krisis dar und beleuchtete die an sich möglichen Mittel zu ihrer Bekämpfung. Die Besprechung sollte sich nach dem zugrundeliegenden Plan nur mit einem der verschiedenen Mittel beschäftigen, nämlich die Frage klären, ob und in welchem Umfang es möglich sei, der notleidenden Industrie Aufträge zuzuführen. Diese Aufträge sollen nicht nur von denjenigen behördlichen Stellen erteilt werden, denen die Beschaffung von Textilwaren für ihren Geschäftsbereich obliegt, sondern es sollen auch die großen Organisationen der Verbraucher, wie Konsumvereine, Kommunalverbandsorganisationen, Genossenschaftsverbände, auch Handelsvereinigungen und ähnliche auf die volkswirtschaftlich wichtige Tatsache einer Auftragsvergebung im gegenwärtigen Zeitpunkt hingewiesen werden. Die Zurückhaltung dieser Käuferschichten erscheint im Hinblick auf die unsichere Lage auf dem Textilmarkt an sich begreiflich. Der Entschluß der Auftragserteilung soll ihnen nun dadurch erleichtert werden, daß einmal die Erzeuger unter dem Einfluß der Behörden die Preise unter Verzicht auf Gewinn wesentlich herabsetzen, und daß den Abnehmern weiterhin für den Fall der Entwertung der zu liefernden Waren infolge weiteren Steigens der Mark gewisse Erleichterungen in Aussicht gestellt werden sollen.

In der Besprechung wurden die Pläne der Regierung verschiedenartig beurteilt. Es konnte ein abschließendes Ergebnis um deswillen nicht erzielt werden, weil infolge eines Versehens nur ein Teil der Verbraucherorganisationen zu der Besprechung eingeladen war. Es wurde infolgedessen in Aussicht genommen, die Frage alsbald im kleineren Kreise, unter Hinzuziehung hauptsächlich der Verbraucherorganisationen, erneut zu besprechen. Sollte die Zusammenführung des arbeitswilligen Erzeugers mit dem kaufwilligen Verbraucher gelingen, so würden dann die weiteren Verhandlungen über Abschlüsse unmittelbar zwischen diesen Stellen gegebenenfalls unter unterstützender Mitwirkung der Reichsstelle für Textilwirtschaft zu erfolgen haben. Im übrigen würde sich die Reichsstelle aber beschränken müssen, eine Vermittlungsstelle für ihr bekanntwerdende Angebote, Aufträge und Möglichkeiten der Kreditgewährung und Kurssicherung zu bilden.

Bei dieser Aktion scheint man also die Arbeiter ganz übergangen zu haben, soweit sie als Produzenten in Betracht kommen. Es muß gefordert werden, daß diese Reichshilfe für die Textilindustrie nicht durchgeführt wird ohne die Mitwirkung des deutschen Textilarbeiterverbandes und der Betriebsräte, die dabei an die erste Stelle zu treten haben. Wenn diese Vertretungen der Arbeiterschaft übergangen werden, so ist trotz der Teilnahme der Konsumorganisationen und der Kommunalverwaltungen zu befürchten, daß die Aktion neue Profitmöglichkeiten für die Unternehmer eröffnet, ohne daß dadurch die Lage der Arbeiter in der Textilindustrie gebessert wird.

Einfuhr holländischer Frühkartoffeln

Den P. P. N. wird geschrieben:

Da die Erwartung auf eine besondere frühzeitige Kartoffelernte nicht erfüllt ist, erscheint es im Interesse der Kartoffelversorgung, namentlich des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, geboten, die bisher bis zum 20. Juli erfolgte Freigabe der Einfuhr von Frühkartoffeln aus Holland und den übrigen angrenzenden westlichen Ländern bis zum 31. Juli zu verlängern.

Die Reichskartoffelstelle wird daher Einfuhrgenehmigungen, wie bisher, auf Antrag mit der Maßgabe erteilen, daß nach dem 31. Juli Wagen nicht mehr über die Grenze gelassen werden. Die durch das Einsetzen des freien Handels hervorgerufene stürmische Nachfrage auf den holländischen Märkten hat eine sehr erhebliche, den deutschen Konsum belastende Preissteigerung bewirkt, gegen die auch die holländische Regierung durch vorübergehende Grenzsperre eingeschritten ist. Diese Erscheinung macht es erforderlich, daß gegen eine Wiederholung solcher Preistreibereien Vorsorge getroffen wird.

Die von der holländischen Regierung gegebenen Ausfuhrkonsente werden daher fortan durch die Hand einer von der Reichskartoffelstelle in Haag eingerichteten unabhängigen Stelle an die einführenden Händler ausgehändigt werden. Die Aushändigung wird davon abhängig gemacht werden, daß ein bestimmter Preis auf den Veilings (Auktionsmärkten) eingehalten wird. Dieser Preis wird von der Haager Stelle in kurzen Zwischenräumen, je nach der Marktlage festgesetzt und den Interessenten bekanntgegeben.

Gleichzeitig wird die Frist für die Einfuhr italienischer und spanischer Frühkartoffeln ebenfalls bis zum 31. Juli 1920 verlängert.

Früherer Zusammentritt des Reichstages. Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses tritt der Reichstag am Montag, den 26. d. M., nachmittags 5 Uhr, zu einer Vollsitzung zusammen, um den Bericht der Regierung über die Verhandlungen von Spaa entgegenzunehmen.

Streikende. Die streikenden Gasarbeiter in Frankfurt a. M. beschlossen nach längeren Verhandlungen mit großer Mehrheit, die Arbeit am Donnerstag wieder aufzunehmen. Maßregelungen und Lohnverkürzungen werden nicht vorgenommen. Ueber die gestellten Ansprüche, namentlich Beschaffungsbeihilfen, soll in Verhandlungen eingetreten werden.

Der hessische Etat. Der Etat des Freistaates Hessen schließt mit 270 Millionen Mark gegen 76 Millionen Mark im Jahre 1914 ab. Es ist ein Fehlbetrag von 35 Millionen Mark vorhanden, der aus Anleihen gedeckt werden muß. Die Besoldungsreform allein erfordert 80 Millionen Mark, für die volle Deckung noch nicht vorhanden ist. Mit Rücksicht auf das Kohlenabkommen in Spaa soll die Brennholzrationierung in Hessen aufrecht erhalten werden. Das Landestheater (frühere Hoftheater) erfordert einen Zuschuß von 1 390 000 Mark.

Französische Justiz. Der Geschäftsführer der Freien Presse in Höchst a. M., Kallenbach, wurde vom französischen Polizeigericht in Mainz zu sechs Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Bestrafung erfolgte wegen angeblicher Verhöhnung der Besatzungstruppen durch Aushang der im besetzten Gebiete verbotenen illustrierten Zeitschrift Der wahre Jakob im Schaufenster der Freien Presse.

Die gute Massary-Zigarette

Der gute Ruf der Massary-Zigaretten ist der schlagendste Beweis für die hervorragende Güte dieser Zigaretten. Wer sie einmal geraucht hat, wird zum überzeugten Anhänger unserer Fabrikate

Urteilen Sie selbst!

Sommertheater „Groß-Berlin"

Donnerstag, 22. Juli, abends 8 Uhr

Hasenheide 15 — Hasenheide 15

Der grosse und anhaltende Erfolg in Neukölln!

„Prinz und Bettlerin"

Großes Sensationsdrama in sechs Bildern von **Lutz**, Schwesterstück von **„Krone und Fessel"**.

Vorher ab 5³⁰ das neue Spezialitäten-Programm! — Vorher ab 5³⁰ das neue Spezialitäten-Programm!

Volksbühne
7½ Uhr:
Bruder Martin

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
Heute: Julius Cäsar.
(28. Abteilung. V. Abend)

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
8 Uhr:
Weib und Hampelmann
Kammerspiele
8 Uhr: Die Rotbrücke.
Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: Büchse der Pandora
Theater des Westens
7½ Uhr:
Der Rabenvater

Direktion
Carl Meinhard - Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
11. **Geständnis**
Komödienhaus
8 Uhr: Petz-Kainer Ballett
Berliner Theater
7½ Uhr: Der letzte Walzer.

Trianon-Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg
Das höhere Leben
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr: Der Störenfried

Residenz-Theater
(Stadtbahn Jannowitzbrücke)
Allabendlich 7½ Uhr:
Der große Erfolg
Die Raschhoffs
Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf

Neues Operettenhaus
Direktor Jean Kren
Allabendlich 7½ Uhr:
Georges Bawalet's
Naturalistisch. phantastisch. Ballett
Vorher:
Prinzessin Friedl.

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in Das Glas der Jungfrau
Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert

Rose-Theater
7½ Uhr: Ein Walzertraum.
Gartenbühne täglich:
7 Uhr: Die Flucht um d. Erde.

Walhalla-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Die Internationale.

Ehemaliges
Voigt-Theater
Badstraße 58.
Sommerbühne:
Täglich nachm. 4½ Uhr:
Bunter Teil,
abends 7½ U.: Die Dame vom Circus

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7–9
12 Variete-Sensationen 12
In der Tanz-Diele **Großer Ball**
Anfang ½5 Uhr

Kammer-Tanzspiele
Bülowstr. 6, am Nollendorfplatz
Telefon: Lützow 2305.
Tägl. 7½ Uhr: Orient. Ballett
und Schönheits-Tänze

Theater am Kottbuser Tor
Elite-Sänger
Täglich 7½ Uhr
Gastspiel der Original
Leipziger Fritz-Weber-Sänger.
Vorverkauf 11–1½ u. 4–6 Uhr

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 109/114
Donnerstag, 22. Juli
Elite-Tag
Großes Schlachten- u. Fronten-Feuerwerk.
Außerdem:
Konzert, Vorstellung, Ball.
„Die Weinterasse ist eröffnet".
Anfang 5 Uhr

Circus Busch
Gebäude
Täglich 7½ Uhr:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung

Schaubühne
Landsberger Allee 76/77
(direkt am Ringbahnhof).
Täglich!
Bei Regen im Saal!
Beginn des
2. Meisterringer-Wettstreits
um Preise von 12000 Mk.
16 Weltmeister des Ringsportes 16
haben sich gemeldet.
Unter anderen: Hinze, Weltmeister; Georg Strenge, Weltmeister; Tompson, Neger-Champion-Westindien.; Huber, Meisterringer-Bayern usw.
Vordem: Großes Konzert und Varieté-Vorstellung
Sonntags u. Donnerstags
Brillant-Feuerwerk
Mittwochs von 3 Uhr ab Familien- und Kinderfeste mit Geschenk-Verteilung.
Anfang des Konzerts und der Vorstellung Sonntags 4 Uhr, Wochentags ½7 Uhr.
Die Ringkämpfe beginnen um ½9 Uhr pünktlich.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
Allabendlich 7½ Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Variete-Programm!

Seit über ½ Jahrhundert
Rauch-Kaffee
Riesen-Ausbeute
Invalidenstraße 164
Eckhaus Brunnenstr. Nord. 4336.

Futterstoffe
Nähgarne und Seiden kaufe jeden Posten für ehemen Bedarf. Zahle höchste Preise. Allweins, Schneidermeister, Kastanienallee 52, Laden, Telephon: Humboldt 246.

Altmetalle
Quecksilber, Zahngebisse, kauft zu Schmelzpreisen
Weidenweg 72.

Alt-Metalle
Engrosverwertung
von Händler
Invalidenstr. 142.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher, usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Armeepistolen
und Jagdwaffen kaufen
F. W. Bandrey & Co.
Gewehrfabrik
Berlin SW 68, Lindenstr. 20.

Wir kaufen
und zahlen sehr
hohe Preise für
Kupfer,
Blei, Zink,
Messing
Stanniol,
Zinnfolie,
Quecksilber,
Aluminium,
Celluloid,
Metallabfälle
Platin,
Gold, Silber,
PETERS
Prenzlauerstr. 24
MÜBUS
Waldstraße 3
G. ERMEL
Gubenerstr. 59
DEGENER
Schönberg,
Bahnstraße 46
MAASE
Skalitzerstr. 93a
Ecke Lausitzer Platz
BOELKE
Rammlerstr. 10

An Alle
Kredit zu den leichtesten Bedingungen. Reiche Auswahl. 1–2 Studen-Einrichtungen, bunte Küchen, Schlafs., Speiseis., Herrenzimmer.
Billige Preise — gute Waren. Liefert auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

20 Min. ab Pstd. Platz
sind für den Bau eines
Wohnhauses
3 Zimmer, Küche, Kammer, Bad u. Stallung
durch Bauverein Mariendorf-Süd gem. Gen.
noch einige mit Drahtzaun eingeschlossene Grundstücke abzugeben. Das Bau- und Gartenland liegt 5 Min. ab Bahnhof Marienfelde. Tägl. von 4–8 Uhr Auskunft. Meldung im Restaurant Wildgrube.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Norden 10621.

Täglich frische **Seefische u. Räucherwaren**
Geestemünder Fischhalle Steglitz
Albrechtstr. 131. Ecke Düppelstr.

Gute u. billige Bücher für Reise u. Sommerfrische
„Freiheit"-Buchhandlung, Berlin C
Breite Straße 8-9

Keine Wanze mehr Kammerjäger Berg's Radikalmittel **„Nicodaal"**
Restlose Vertilgung und Brutvernichtung
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Viele Dankschreiben.
Verkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim, Berlin
Bitte ausdrücklich nur Nicodaal zu verlangen.

Heute
Billige Lebensmittel

Johannisbeeren	Pfd.	80 Pf.	Dauerzwiebeln	Pfd.	40 Pf.
Pflaumen	Pfund	175	Rhabarber	5 Pfund	10 Pf.
Tafel-Birnen	Pfund	175	Kartoffeln	Pfd.	95 Pf.
Strudel-Aepfel	Pfd.	160	Haferflocken	Pfd.	220
Mohrrüben	ohne Kraut 2 Pfund	25 Pf.	Marmelade	m. 50% Zuck. gestützt, Pfd.	350
Tomaten	Pfund	200	Kaffee	gebrannt	23 50
Grüne Bohnen	Pfd.	30 Pf.	Götterspeise	in verschied. Geschm. Paket	20 Pf.
Wachsbohnen	Pfund	55 Pf.	Schellfisch	frischer Jütländer, Pfd.	120
Weißkohl	Pfund	30 Pf.	Seelachs	in ganzen Flechen, ohne Kopf, Pfd.	170
Wirsingkohl	Pfund	45 Pf.	Frische Flundern	Pfd.	95 Pf.
Gr. Blumenkohl	von	160 an	Schellfisch	geräuchert, Pfd.	180
Grosse Gurken	Stück	165	Makrelen	geräuchert, Pfd.	550

HERMANN

Friedrich-Wilhelmstädt.

Varieté-Garten

Chausseestraße 30 — Chausseestraße 30

Dir.: Max Grahlmann

Heute
Die brennende Mühle

Großes Brillant-Feuerwerk

nebst

30 Künstler und Künstlerinnen

Gewerkschaftliches

Der Streik im Tiefbaugewerbe

In einer überfüllten Versammlung aller Tiefbauarbeiter, in der auch die Leitungen aller am Streik beteiligten Organisationen vertreten waren, wurde der Bericht über den Stand der Verhandlungen gegeben. Nachdem auch die Kanalisationsbauten stillgelegt wurden, streiken jetzt insgesamt 2000 Arbeiter. Die Verhandlungen werden mit dem Magistrat geführt, da die Unternehmer noch immer jede Verhandlung unmöglich machen. Die Tiefbauarbeiter wollen die Löhne, die im Hochbau bezahlt werden, da sie auch bisher den Arbeitern im Hochbau gleichgestellt waren. Obwohl die Gemeinden bereit sind, die Lohndifferenz zu bezahlen, weigern sich die Unternehmer, die Forderung zu bewilligen. Sie sind ganz augenfällig vorgeschickt, den ersten Stoß zum Abbau der Löhne auszuführen. Der Kampf hat darum die größte Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft. Inzwischen ist am 12. Juli ein Schiedsspruch erfolgt, der den Zimmerern im Tiefbau die im Hochbau bezahlten Löhne zubilligt. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß diese Entscheidung die gesamten Tiefbauarbeiter trifft. Es ist die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt und der Magistrat würde in der Lage sein, die Arbeiten in eigene Regie zu übernehmen, wenn sich die Unternehmer dann noch weigern sollten, den Schiedsspruch anzuerkennen. In der Hand des Demobilmachungskommissars liegt jetzt eine Entscheidung, die von größter Bedeutung für die Gemeinden und für die Arbeiterschaft ist.

Lohnbewegung der Brauer

Als Abschluß des im April und Mai d. J. stattgefundenen Brauereiarbeiterstreiks in Groß-Berlin kam ein Tarifvertrag zustande, bestehend aus einem auf die Dauer von zwölf Monaten geltenden Rahmenvertrag und einer Lohnvereinbarung, welche mit 14tägiger Frist, erstmalig zum 30. Juni d. J. aufständbar ist. Die Löhne betrugen für gelernte und diesen gleichgestellten Arbeiter 220 M. und für ungelernte Arbeiter 215 M. pro Woche. Geregelt sind in diesem Vertrag auch die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer sowie der Reinemachefrauen, ferner die Provisionssätze für das Fahrpersonal, die Sondervergütungen für Maschinisten und Heizer, Wächter und Pförtner und deren Ersatzleute für den Ausfall der regelmäßigen Sonntagsruhe, Unterstützungen in Krankheitsfällen und Bestimmungen aus § 616 B. G. B. usw. Der Rahmenvertrag enthält die Bestimmungen über Arbeitszeit, Urlaub, Haustrunk, besondere Bestimmungen für Betriebsarbeiter und Fahrpersonal, Satzungen des Einigungsamtes und sonstige soziale und hygienischen Vorschriften. Die Brauereiarbeiter haben von dem Kündigungsrecht des Lohnabkommens Gebrauch gemacht und dieses zum 30. Juni d. J. aufgekündigt. Gleichzeitig wurde den Arbeitgebern die Forderung unterbreitet, die Löhne der Gelernten usw. auf 280 M. und die der Ungelernten auf 275 M. pro Woche zu erhöhen. Damit sollte verbunden sein eine Erhöhung der Bezüge der Weiblichen, der Jugendlichen und der Reinemachefrauen; die übrigen Sondervergütungen sollten ebenfalls prozentual aufgebessert werden. Die Arbeitervertreter begründeten diese Forderungen mit der immer noch anhaltenden Verteuerung der Lebenshaltung. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen ab mit dem Hinweis auf die traurige Lage der Brauindustrie, die am Rande des Ruins stehe. Am 19. Juli cr. fällte der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in dieser Sache folgenden Schiedsspruch:

Zusätzlich zum Tarifvertrag vom 15. Mai 1920 wird der Wochenlohn der gelernten Arbeiter und der lt. Anlage ihnen gleichstehenden Arbeitnehmer ab 1. Juli 1920 auf 245 M., der der ungelernten Arbeiter auf 240 M. festgesetzt, aus welchen Lohnsätzen sich der ab 1. Juli zu zahlende Satz für Ueberstunden ergibt. In dem gleichen Verhältnis werden ab 1. Juli 1920 die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer und der Weißbierarbeiter (Anl. 2. 7.) die Sätze aus Anlage 4 und die Zuschüsse gemäß § 9 des Tarifvertrages und der Anlage 2 Ziffer 4 erhöht.

Die Erhöhung der Löhne gegen das Lohnabkommen vom 15. Mai 1920 wird auf Grundlohn und Teuerungszulage in ursprünglichem Verhältnis dieser Bezüge verrechnet.

Die Arbeitnehmerpartei hat dem Schiedsspruch zugestimmt, die Stellungnahme der Arbeitgeber steht noch aus.

Streik im Lebensmittel-Kleinhandel

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ der Kolonialwarenhändler vom 18. Juli 1920 beschäftigt sich in einem zwei Spalten langen Artikel mit den Tarifkämpfen. Die Angriffe, welche gegen die Angestellten gerichtet werden, sind lächerlich. Fest steht, daß 101 Arbeitgeber mit 611 Geschäften die Forderungen der Angestellten anerkannt haben. Die Gewerkschaftskommission als auch das Ortskartell der Afa haben bis jetzt noch keinen Boykott beschlossen, da nach unserer Ueberzeugung die Arbeitgeber schon früher den Schiedsspruch anerkennen werden, daß wir zu diesem Mittel nicht mehr greifen brauchen.

Der Syndikus des Reichsverbandes Deutscher Feinkostkaufleute, Herr Dr. Otto, erklärte gestern den Angestellten bei der Firma Tamaschke: „Der Arbeitgeberverband wird dafür Sorge tragen, daß die Angestellten, die Donnerstag früh in den Streik treten, gekündigt werden und man auch Mittel und Wege finden wird, diese Angestellten unmöglich zu machen.“ Die Angestellten und die Arbeiterschaft Berlins werden Mittel und Wege finden, die Arbeitgeber dieser Branche zu zwingen, menschenwürdige Gehälter zu zahlen. Wenn man heute schon mit schwarzen Listen droht, so hat das konsumierende Publikum allerdings in diesem Kampfe eine viel bessere Waffe in Händen und man wird sich die Arbeitgeber auch etwas genauer in Zukunft ansehen, welche nicht die gerechten Forderungen anerkannt haben. Am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, wird der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission zum Boykott Stellung nehmen.

Allmulatoren A. G., Oberschöneweide. Die Arbeit wird Donnerstag in vollem Umfang wieder aufgenommen. Der Arbeiterrat.

Stukkateure, Rabitzputzer usw. der Firma Demmrich u. Co. Eine sich notwendig machende Betriebsversammlung der Firma findet Freitag, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, statt. Die Vertrauensleute.

Gewerbliche Angestellte der Kriegsversorgungsstellen. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 21. Juli 1920, mußten wegen Nichterscheinen des Vertreters des Reichsfinanzministeriums bis zum Mittwoch, den 28. Juli 1920, vertagt werden. Die Versammlung am Freitag, den 23. Juli 1920 findet deshalb nicht statt, sondern am Freitag, den 30. Juli, im selben Lokal.

Berlin-Borsigwalder Metallwerke. Die Arbeit wird heute 7 Uhr wieder aufgenommen. Der Betriebsrat.

Groß-Berlin

Der Abbau der Fettwirtschaft

Im „Reichs- und Staatsanzeiger“ wird vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Verordnung veröffentlicht, nach welcher der Absatz von Margarine, Kunstspeisefett, Speisetalg und Speiseöl vom 1. August ab aus der Zwangsbewirtschaftung ausscheidet. Diese Maßnahmen sind leider den Kommunalverbänden nicht rechtzeitig unterbreitet worden, was sich gehört hätte, insbesondere auch nicht die Absicht, auch Speisefett und Speisetalg freizugeben. Im anderen Fall hätten sich die Verbände besser darauf einrichten können. Für die Fettstellen bleibt nach Absatz ihrer Fettmengen nur noch die Bewirtschaftung der Butter übrig. Aber auch diese Bewirtschaftung läßt sich nicht mehr lange aufrechterhalten, weil kleine Quanten, wie sie 20 Gramm pro Kopf darstellen, die großen Unkosten nicht mehr lohnen, der Preis erheblich höher gesetzt werden muß, wogegen bei genügend anderen Fettmengen eine regelrechte Abnahme teurer Butter nicht mehr gegeben ist. Zudem verlautet, daß die Reichsstellen beabsichtigen, Auslandsbutter zu Preisen einzukaufen, die einen Verkaufspreis ergeben, wie er heute im Schleichhandel üblich ist.

*

Mit dem Fleisch geht es nicht anders. Erst allgemeine Andeutungen. Ungewisses und Unbestimmtes. Nirgends wird klare Auskunft über die Absichten gegeben; nur soviel weiß man, daß da oben im Ernährungsministerium so schnell wie möglich die freie Wirtschaft herbeigeführt werden soll. Und weil man den Widerstand verhindern will, kommt man erst im letzten Augenblick mit fertigen Maßnahmen heraus, auf die sich die Organe, welche von den Reichsbehörden mit der Durchführung der Zwangsbewirtschaftung beauftragt worden sind, gar nicht genügend vorher einrichten können.

Es geht planmäßig alles drunter und drüber.

Eine weitere Meldung besagt: Wie wir hören, soll die Fleischkarte als Kontrollmittel des Fleischverbrauchs ab 1. September d. J. im ganzen Reiche aufgehoben werden. Die für die Kommunalverbände sehr kostspielige Einrichtung der Fleischkarte hielt man weiterhin für überflüssig, da sie durch die Kundenliste in Verbindung mit dem Versorgungsausweis hinreichend ersetzt wird. In Bayern ist die Aufhebung der Fleischkarte bereits mit Wirkung vom 2. August mit Genehmigung der Reichsbehörde durch die bayerische Fleischversorgungsstelle angeordnet.

Wir geben die vorstehende Meldung mit allem Vorbehalt wieder und müssen eine amtliche Bestätigung noch abwarten.

Ein Lichtblick in trüber Zeit

Die Finanzen der Gemeinden befinden sich in einem traurigen Zustande. Alle Gemeinden leiden im gleichen Maße. Notwendige Maßnahmen müssen aus Mangel an Mitteln zurückgestellt werden. Es gibt auch Gemeinden, die ins Blaue hineinwirtschaften und die glauben: Berlin muß doch bezahlen. Aus verschiedenen Gemeinden werden die tollsten Beschlüsse mitgeteilt; auch einzelne Gemeindevorsteher treiben eine Mißwirtschaft, die der ernsten Nachprüfung der neuen Gemeinde bedürfen wird. In einer solchen Zeit bedeutet es einen kleinen Lichtblick, einmal etwas Günstiges zu hören. Der Stadtkämmerer von Berlin hat seinen Abschluß für 1918 fertiggestellt. Er schließt ab mit einem Ueberschuß von 37 Millionen Mark. Diesen Ueberschuß kann die Stadtgemeinde gut gebrauchen. Er bedeutet bei der heutigen Finanzlage nicht viel, aber immerhin doch etwas in dieser trüben Zeit. Die Jahre 1919/1920 werden natürlich anders abschließen und natürlich Defizite bringen. Immerhin aber dürfen wir den jetzigen Abschluß freudig begrüßen.

Demonstration der selbständigen Schuhmacher

Die Schuhmachermeister versammelten sich Mittwoch vormittag im Lustgarten, um gegen beabsichtigte Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums zu protestieren. Der Sprecher, Obermeister Eckerlein, schilderte die bedrängte Lage der kleinen Meister und wandte sich energisch dagegen, daß man gegen diejenigen, die ohnehin schwer um ihre Existenz zu ringen haben, Strafmaßnahmen vorbereitet, während man ein gleiches Maß von Energie gegen die großen Lederfabrikanten und Händler nicht aufbringt. Eine dem Referat entsprechende Resolution wurde angenommen.

Ein Diskussionsredner, der vorgab, unser Parteigenosse zu sein, brachte die Versammlung in Aufregung durch die unwahre Behauptung, daß Genosse Karl Leid für eine Notiz in der „Freiheit“ verantwortlich sei, in der ein Einsender gegen die hohen Preise für Schuhreparaturen Stellung nimmt. Die Demonstration, die sich nach der Versammlung zum Halleschen Tor bewegte, kam am Hause unserer Redaktion vorbei und einige aufgeregte Leute glaubten ihrer Sache zu dienen mit Bemerkungen wie: „Der Mann muß aufgehängt werden“, „alle Redakteure, diese Volksverhetzer, gehören totgeschlagen“ usw., und selbst die Schriftsetzer bekamen ihr Teil ab, weil sie es gewagt hatten, etwas gegen die hohen Reparaturpreise zu setzen.

Einer Deputation, die in der Lokalredaktion vorsprach, wurde dargelegt, daß die Redaktion in ihrer publizistischen Pflicht auch vor den eigenen Parteigenossen nicht haltmachen kann, daß sie vielmehr die Pflicht hat, nicht die Interessen eines einzelnen Standes, sondern die der Gesamtheit zu vertreten und daß gerade die „Freiheit“ verpflichtet ist, Beschwerden der Konsumenten zu beachten. Selbstverständlich würde auch eine sachliche Darlegung der anderen Seite Berücksichtigung finden.

Vor dem Hause hatte sich inzwischen, ohne unser Zutun, Sicherheitswehr eingefunden, die jedoch von unserer Geschäftsleitung veranlaßt wurde, die Demonstranten unbehelligt zu lassen, da wir die aufgeregten Schuhmachermeister, die von Totschlagen und Aufhängen redeten, nicht ernst genommen haben.

*

Eine Beseitigung der bestehenden Mißstände würde am besten durch die Kommunalisierung der Schuhmacherwerkstätten erreicht werden. Anstelle der vielen unzweckmäßig eingerichteten Werkstätten könnte dann in wenigen Großbetrieben viel rationeller gearbeitet werden. Die Maschinen könnten mehr wie bisher Verwendung finden. Auch der Lebereinkauf usw. würde sich bedeutend verbilligen. Für die Schuhmacher wäre die Unsicherheit der Existenz beseitigt, ihre Bezahlung durch Tarif geregelt. Eine Uebervorteilung und Bewucherung des Publikums, was zweifellos auch durch eine ganze Anzahl kleiner Meister geschieht, käme nicht mehr in Frage.

Die Wiederaufnahme des vollen Straßenbahnverkehrs. Mit Eintritt der vollen Strombelieferung von Golpa, die heute nach Wiederaufnahme der Arbeit im dortigen Kraftwerk erfolgen soll, treten die für den Berliner Straßenbahnverkehr, mit Rücksicht auf die verminderte Stromversorgung erlassenen Einschränkungsbestimmungen außer Kraft. Allerdings wird es im Laufe des heutigen Tages der Straßenbahn noch nicht gelingen, den Betrieb in vollem Umfange wieder aufzunehmen, da sich bei der Verkehrsaufstellung und Diensteinteilung des großen Fahrpersonals in so kurzer Frist Schwierigkeiten ergeben. Der Straßenbahnverkehr wird heute verstärkt und die erweiterten Fahrabstände der einzelnen Linien verringert werden. Von Freitag früh ab werden dann die eingezogenen Linien 37, 45, 67, 71, 82, 86, 92, 162, E T, sowie die beiden Ostbahnlinien ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Die Stadionweihe der Arbeitersportler findet am Sonntag, den 25. Juli, im neuen Lichtenberger Stadion, Herzbergstraße, statt. Veranstalter ist der 5. Bezirk vom 1. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Der Tag verspricht ein sportliches Ereignis zu werden. Sind doch nicht weniger als 486 Frauen, Männer und Jugendliche und 400 Kinder zu den Wettkämpfen gemeldet worden. 95 Mannschaften sind für Staffeln gemeldet. Die freie Turnerschaft Lichtenberg-Friedrichsfelde hat 5 × 100-Meter-Männer-Staffette, 5 × 100-Meter-Jugendstaffel und Olympische Männer-Staffel zu verteidigen. Vormittags ½8 Uhr finden Vorkämpfe, danach das Hockeyspiel Wilmersdorf-Lichtenberg statt. 2 Uhr nachmittags Freiübungen, Hauptkämpfe, Musterriegen und Fußball-Städtewettkampf Neukölln-Lichtenberg. Eintrittskarten zu 1,50 M. sind im Vorverkauf bei den Genossen Wegner, Frankfurter Allee 236, Sievert, Kaniſtraße, Ecke

---

Die schwere Stunde

Roman

von

Victor Panin

17]

Als man ihn hineintrug und die Decke aufschlug, sah ich bloß den Kopf und den Rumpf; er hatte weder Arme noch Füße. Die Arme waren bis zu den Schultern abgenommen und die Füße fehlten bis zum oberen Teil des Schenkels. Erinnerst du dich, wie wir im Winter viereckige Klötze aus Schnee als Schneemänner aufstellten? So ist auch er!

Es stellte sich heraus, er habe es nicht zulassen wollen, daß man es mir im voraus melde, um mich nicht zu sehr zu erschrecken . . . Ich trat in das Nebenzimmer, setzte mich auf einen Stuhl und begann wie wahnsinnig zu lachen . . . . Ueber mich selbst, über das Leben, die Menschen, über Gott! Glaubst du, die Menschen verdienten mehr, als ein wahnsinniges Gelächter der Verachtung? Hernach erstarrte ich wie versteinert. Jeglicher Gedanke, jegliches Gefühl schwand, ich bewegte mich wohl, aber ich hatte aufgehört zu leben.

Dies ist noch ein dummes Wort, das von den Menschen geschaffen worden ist, was ist das Leben? Kann man denn diese Reihe von erlebten Schrecken, die der Mensch in sich trägt, das Leben nennen?

Ich habe einfach den Kopf verloren, Kolja. Ich bin ganz verwirrt. Es kostet mich eine unmenschliche Ueberwindung, um zu dem im Sessel hockenden menschlichen Stummel heranzutreten, dessen einziges Auge mich mit einer hundeartigen Unterwürfigkeit und voll Schuldbewußtsein anschaut, und diesen Stummel zu füttern, ihm sogar von Zeit zu Zeit ein freundliches Wort zu sagen. Eine unmenschliche Anstrengung muß ich machen, um den Teller und den Löffel nicht fallen zu lassen, wenn er mich in bittendem Tone anfleht: „Mascha, kratze mir mal die Hände,“ — verstehst du wohl, seine Hände, die irgendwo auf den weiten Feldern verfaulen. Sobald ich aus dem Zimmer gehe, verläßt mich meine Selbstbeherrschung, ich sinke auf einen Stuhl, bebe am ganzen Leibe vor Schrecken ... ich kann mich nicht mehr von diesem verfolgenden Gespenst eines menschlichen Stummels mit einem Auge befreien. Ich zittere am ganzen Leibe, ich ringe die Hände, ich schluke die Tränen, die aus meinen ausgedörrten Augen zu fließen aufgehört haben, und stelle mir zum tausendsten Male die Frage: Ist das wirklich mein Stepa? Und immer wieder möchte ich glauben, es könnte nicht sein, es sei bloß ein Traumgebilde, man müsse sich nur ordentlich kneifen, damit es verschwinde . . .

Du wirst wahrscheinlich in Entsetzen geraten, wenn ich dir sagen muß, daß ich jetzt meine Kinder zeitweise hasse, ja, ich hasse sie und fürchte sie schrecklich. Mit Herzensqual umarme ich sie, und dabei zittern meine Hände, die sie umfangen. Oft betaste ich ihre Hände und Füße, ob sie wohl noch an der rechten Stelle sind?

Meine erregte Phantasie stellt mir die Kinder schon mit abgeschnittenen Händen und Füßen vor; nach Atem ringend, bebend stoße ich die Kinder von mir. Ich schließe die Augen, im Begriff in Ohnmacht zu fallen, und in diesen Augenblicken verwirrt sich mein Verstand.

„Mama, was ist mit dir? Warum liebkost du uns nicht mehr so zärtlich?“ sagen die Kinder, die verständnislos in mein erblaßtes Gesicht schauen.

Das schrecklichste aber sind die Nächte. Es bemächtigt sich meiner ein unbesiegbares Gefühl der Furcht vor der eigenen Wohnung. Es scheint mir, als hielten sich überall dunkle Schatten verborgen, als flüsterten sie, als bewegten sie sich, als seufzten sie manchmal tieftraurig. Sie sind alle ohne Arme und Füße, sie sind alle blind, und doch bewegen sie sich; oft habe ich die Empfindung, als lebe ich auf einem Friedhof, und dieses Gefühl der unaufhörlichen Furcht hat sich auf ewig in mir eingegraben . . .

Du wirst vielleicht sagen, daß das Gefühl des Mitleids, der Sorge um ihn, mir zur Gesundung verhelfen und mir mein Kreuz zu tragen erleichtern könnte. Aber verstehe, Bruder, ich bemitleide ihn aufrichtig, ich liebe ihn heiß, wahnsinnig, aber nicht diesen, sondern jenen, den früheren . . . Was soll ich denn tun? Man hat ihm bloß die Arme, die Füße und ein Auge genommen, und es geht alles drunter und drüber, . . . das Gefühl des Mitleids wird von dem unendlichen Schrecken übertönt, der mein Herz zum Erstarren bringt.

Des Abends, wenn ich ihn auskleide und ins Bett legen muß, gehe ich mehrere Male an die Tür seines Zimmers, nehme die Klinke und setze mich wieder auf den Stuhl neben der Türe, schwach, willenlos, elend . . . In diesen Augenblicken tritt mir oft der kalte Schweiß auf die Stirn, ich habe nicht die Kraft, zu ihm einzutreten.

Während ich ihn entkleide, blickt er mich mit seinem einzigen Auge an und manchmal . . . manchmal entflammt in ihm ein unbändiges Feuer männlicher Leidenschaft, die bleichen, aschfahlen, blassen Lippen flüstern mir unverständliche, kaum artikulierte Liebkosungen zu, . . . und aus Angst, daß er mich gleich umarmen und mich an diesen verunstalteten Stummel drücken wird, verlasse ich ihn, stürze spornstreichs aus dem Zimmer, als verfolgten mich alle Mächte der Hölle . . . Am ganzen Leibe zitternd, werfe ich mich auf das Sofa im Wohnzimmer, schlage mit dem Kopfe an die Holzlehne und kann nicht weinen, ich habe keine Tränen mehr, sie sind ausgetrocknet. . . . . Ich fühle, daß ich an der Schwelle des Wahnsinns stehe, und welch ein Glück wäre es für mich, den Tod zu umfangen!

Ich möchte sterben, ich sehe keinen anderen Ausweg, alle anderen Wege sind vor mir verschlossen, . . . ich sehe keinen einzigen Lichtstrahl . . . Was soll aus mir werden? Was soll ich tun? Was soll aus den Kindern werden? Jetzt bin ich ja ihre einzige Stütze! Soll ich sie auf die Straße schicken, damit sie zugrunde gehen, wie ihr Vater zugrunde gegangen ist? Jetzt haben wir auch keine Mittel mehr.

Kolja, mein Lieber, dich hielt ich immer für mein Gewissen, — stütze mich, sage mir, was ich tun soll? Ich will nicht leben, und doch kann ich nicht aus dem Leben scheiden, das Leben fesselt mich fest durch meine Kinder. Verzeih, mein Teurer, du hast ja selbst genug Schweres zu ertragen, und da komme ich noch mit meinen Sorgen. —

Schon dreimal habe ich diesen Brief gelesen, und mit jedem Male las ich ihn langsamer, hielt bei jedem Worte an, öffnete meine Augen immer weiter; es schien mir, als sei hier etwas nicht richtig. . . . Entweder log das Papier, oder meine Schwester hate etwas nicht richtig geschrieben. . . . . .

Immer öfter wiederhole ich:

„Das ist ja unmöglich, das kann ja nicht sein, wie kommt

(Fortsetzung folgt.)

Schillerstraße, Albrecht, Neue Bahnhofstr. 2, ferner in der Verkaufsstelle Gürtelstraße der Konsumgenossenschaft und in der Schulabteilung Rathausstraße zu haben. — Die Veranstaltung verspricht eine Massendemonstration der Lichtenberger Arbeiterschaft zu werden. Besonders die Genossen in den bürgerlichen Vereinen werden sich davon überzeugen können, daß bei den Arbeitersportlern gleichwertiger Sport geboten wird und daß ihr Verbleiben in den gegnerischen Vereinen nicht mehr durch sportliche Gründe zu entschuldigen ist, sondern nur unsere sportlichen Gegner unterstützt. — Auch der Arbeitersport ist ein Stück Klassenkampf!

Die Verordnung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin über den Aushang und die Aufstellung von Preisverzeichnissen soll nach Zeitungsmeldungen durch das Schöffengericht Neukölln für ungültig erklärt worden sein. Abgesehen davon, daß es sich hier um eine offenbar noch nicht rechtskräftige Entscheidung eines einzelnen Gerichts handelt, weist die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin darauf hin, daß die fragliche Verordnung zur Vermeidung formeller Bedenken auch noch seitens der Groß-Berliner Gemeinden und der beiden Kreise Teltow und Niederbarnim auf Grund des § 12 Nr. 1 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 veröffentlicht worden ist. Die Interessenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie hiernach jedenfalls zur Beachtung der in der Aushangsverordnung enthaltenen Vorschriften verpflichtet sind, und es wird seitens der Preisprüfungsstelle und der sonst zuständigen Stellen auf Befolgung dieser Vorschriften streng gehalten werden.

Verloren hat am Bahnhof Zentralviehhof am Sonntag nachmittag ein Arbeiter seine Brieftasche. Der Finder wird gebeten, diese gegen Belohnung bei Haulitscher, Mirbachstr. 14, abzugeben.

Aus den Organisationen

Verband des Post- und Telegraphenpersonals (Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiter-Verband). Sektionsleitungsmitglieder, Betriebsräte, Funktionäre, Betriebsvertrauensleute! Freitag, 1/2 8 Uhr, im „Rosenthaler Hof", N 54, Rosenthaler Str. 11-12, Vertrauensmänner-Konferenz.

Niederbarnim-Ost. Die am Mittwoch angezeigte Sitzung der Räte- und Gewerkschaftskommission ist nicht für den Distrikt Ost, sondern für Niederbarnim-Nord bestimmt.

Niederbarnim-Nord. Am Donnerstag, 6½ Uhr bei Chella, Pankow, Berliner Straße 118, Sitzung der Räte- und Gewerkschaftskommission.

Pankow. Die Genossen, die am nächsten Sonntag die Agitationstour nach Hohenlychen mitmachen, werden gebeten, heute abend um 6 Uhr, in der Freiheit-Spedition Spielermann zu erscheinen.

5. Distrikt. Zusammenkunft der Elternbeiräte fällt aus.

6. Distrikt. Morgen, Freitag, abends 7 Uhr bei Gallas, Barnimstr. 20, Sitzung des geschäftlichen Vorstandes mit den Distriktsobleuten der einzelnen Kommissionen.

8. Distrikt. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr bei Retzoff, Rigaer Straße, Vollversammlung der Frauen-Arbeitskommission.

10. Distrikt. Donnerstag, 7 Uhr, bei Büttner, Schwedter Str. 23/25, Sitzung aller Funktionäre des Distrikts. Tagesordnung: Die politische Lage.

11. Distrikt, 2. Abteilung. Heute, 7 Uhr, bei Erler, Ackerstr. 43, Sitzung der Bezirksführer und Obleute der Kommission.

11. Distrikt. Die Genossen treffen sich heute nachmittag, 3¼ Uhr, beim Genossen Korff, zwecks Teilnahme an der Einäscherung des Genossen Wetter.

11. Distrikt, 3. Abteilung. Die Teilnehmer zu der Beerdigung des Genossen Wetter treffen sich um 1/2 5 Uhr, Ecke Karl- und Albrechtstraße.

16. Distrikt, 3. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, Abteilungsversammlung in der Schulaula, Müllerstraße Ecke Triftstraße. Vortrag des Genossen Rud. Breitscheid über „Spa".

Neukölln. Freitag, den 23. Juli, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung des 15. Bezirks bei Rudolf, Siegfriedstraße 1.

Vereinskalender

Zentrale der Betriebsräte. Betriebsräte der Post! Freitag, 5 Uhr, Versammlung der Betriebsräte der Post in der Aula Steinstr. 31/34. Tagesordnung: Stellungnahme zu den schwebenden Streitfragen.

Zentrale der Betriebsräte. Hauptausschuß der chemischen Industrie. Freitag, den 23. Juli, 5 Uhr, Sitzung in den Räumen der Zentrale der Betriebsräte, Münzstraße 24. — Hauptausschuß der Stein- und Bauindustrie. Freitag, 5 Uhr, Sitzung in den Räumen der Zentrale der Betriebsräte, Münzstraße 24.

Zentralverband der Angestellten. Jugendliche Versicherungsvertrauensleute. Versammlung, 23. 7., nachmittags 4 Uhr im Verbandsbureau, Belle-Alliancestr. 7/10.

Achtung! Arbeiter des Kabelwerkes Oberspree. Die aussetzenden Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen, soweit Sitzen vorhanden, heute die Arbeit zur gewohnten Zeit auf.

Deutscher Werkmeister-Verband. Werkmeister des Tiefbaugewerbes. Versammlung Freitag, 5 Uhr, im Bureau Stralauer Straße 56.

Ortsgruppe Wilmersdorf des Bundes der technischen Angestellten und Beamten. Heute, 1/2 8 Uhr, im Restaurant Kühne, Wilmersdorf, Ecke Merseburger und Mannheimer Straße (Varetzer Platz), erweiterte Vorstandssitzung.

Buckow. Soz. Proletarier-Jugend. Donnerstag, 7 Uhr, Außerordentliche Mitgliederversammlung im Jugendheim, Gaillardstr. 32.

Afa. Betriebsräte, Angestellte, Betriebsobleute! Die von uns für Donnerstag, 7 Uhr, angesagte Versammlung mit dem Referat „Weltwirtschaft", Referent Rudolf Wissell, findet im „Deutschen Hof", Luckauer Str. 15, Großer Saal, statt.

Arbeiter-Esperantisten. Sonnabend, Mondscheinzauber in Waltersdorf-Schönblick, „Waldschlößchen", abends 7½ Uhr.

Buchbinder-Vertrauensleute der Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbuchfabriken. Freitag, 1/2 5 Uhr, im „Alexandriner", Alexandrinenstraße, Vertrauensmännersitzung.

Volksfürsorge. Heute, abends 7 Uhr, Obmännersitzung, Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 3.

Lebensmittelkalender

Lichtenberg. (Kartoffelverteilung.) In der Woche vom 19. bis 25. Juli werden auf die Abschnitte 30 a, b, c der Lichtenberger Kartoffelkarte zusammen 3 Pfd. Frühkartoffeln zum Preise von 50 Pfg. für das Pfund verteilt. Abschnitt 30 b und c sind ungültig. Abschnitt 30 a, b, c behalten Gültigkeit bis Sonnabend, den 31. Juli.

Weißensee. Auf die Abschnitte 29b und c der Kartoffelkarte je 100 Gramm Grobbrot oder je 80 Gramm Kartoffelmehl.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komerinek, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 16–26

An unsere Mitglieder!

Zum Streik im Kolonialwaren-Einzelhandel!

Wir gestatten uns, darauf aufmerksam zu machen, daß in unserem Betriebe

nicht gestreikt

wird, weil die **Arbeits- und Lohnverhältnisse** tariflich **geregelt** sind.

Der Vorstand. Der Arbeiter- und Betriebsrat.

Spezial-Behandlung f. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutuntersuchung, Salvarsan-Kur., Bestrahl. Spezialärztl. grt. Heilanstalt „Löser", Münzstr. 9 nahe Alexander-Platz, 9-1, 4-8, Sonnt. 10-12, Damenzimmer sep.

SPEZIAL-ARZT für alle Geschlechtskrankheiten. Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Salvarsan-Kur. Behandlung schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Heilanstalt Dr. med. Lommer. 10–1, 4–7½, S. 10–12. **Brunnenstr. 185** (Rosenth. Platz).

Spezial-Arzt Dr. Skotti für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche. Gegen Lues behd. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen. Im ersten und ältesten Kur-Institut von **Dir. Löser** senior 9–1, 4–8, Sonnt. 9–1. Nur Rosenthaler Str. 69-70 Damen separat Rosenthaler Platz.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden bei Männern u. Frauen, Blutuntersuchungen, nerv. Schwäche. Behandlg. schnell, sicher, mögl. ohne Berufsstör. Auskunft kostenlos. **Kühn, Andreasstr. 75,** 1. Et., Ecke Breslauer Str. (dicht a. Schl.-Bhf.) Sprechz. 10–12, 5–7½. Sonnt. geschlossen.

Spezial-Arzt für Haut- und alle Geschlechtsleiden, Harn- und Blutuntersuchungen **Dr. med. Karl Reinhardt** **Potsdamer Str. 117** an der Lützowstraße Sprechstunden: 1/2 12–2, 1/2 6–1/2 10 abends. Sonntag 1/2 11–1 Uhr. Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im verschlossenen Kuvert geg. Einsendung von M. 2.— portofrei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Freitag, den 23. Juli 1920, nachmittags 5 Uhr

Versammlung aller in den städtischen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat resp. der Gr. Deputation über den neuen Lohntarif. 2. Diskussion.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Es sind gestorben:

Der Drücker **Alfred Kurz** Wrangelstraße 121, am 13. d. Mts.

Der Schlosser **Paul Kussatz** Niederschöneweide, am 15. d. Mts.

Der Gürtler **Paul Schnee** Mittenwalder Straße 46, am 17. d. Mts.

Der Maschinenarbeiter **Ludwig Janaczyg** Rostocker Straße 11, am 17. d. Mts.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Preisermäßigung bis 50%, bei Modellen darüber

Großer Saison-Ausverkauf!!

(Erster nach 6 Jahren)

Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags zeitweise

starker Andrang!

Das Sommerlager soll total geräumt werden. (Nur bekannt gute Qualitäten.)

Einige Beispiele: Sportjacken 18⁵⁰, Uebergangspaletots 54.–, Trikot-Sportjacken 48.–, Fantasie-Sportjacken 125, 185, 245, Impr. Mäntel 89.–, Gummimäntel für Damen 245, 365, 450, Gummimäntel für Herren 395, 455, 565, Kostüme 125, 255, 485, Lodenmäntel 390.– Lodenkostüme 545.–, Stoffröcke 44.–, Imp. Seidenmäntel 290, 375, Winter-Ulster 129, 235, 365, Astrachanmäntel 395, 475, Pelzmäntel 2400, 4500, 6900, Plüschmäntel 850.–, 1175.–, 1590.–

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a — 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ortsverwaltung Berlin.

Am Freitag, den 23. Juli 1920, abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 14-15

ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal. 2. Bericht über den Stand der Tarifbewegung. 3. Das neue Groß-Berlin. 4. Verbandsangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Deligiertenkarte und des Mitgliedsbuches.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband Verein Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Franz Schulz** (Bezirk Norden I) verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juli, nachm. 3½ Uhr, von der Halle des Gethsemane-Friedhofes, in Nordend, aus statt.

Der Vorstand.

U.S.P. Neukölln 11. Bez.

Den Genossinnen u. Genossen die traurige Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Die Genossin **Frieda Berkhahn** Johann Hufstr. 9 am 18. d. Mts. Die Einäscherung findet am 23. d. Mts. nachm. 3 Uhr im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

9. Bezirk.

Der Genosse **Paul Bager** Bergstr. 131, am 20. d. Mts. Die Einäscherung findet am 24. d. Mts. nachm. 3 Uhr auf dem Neukölln. Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Armeepistolen kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Kupfer 8,20 M. Messing 4,20 M. Blei, Zink 2,20 Rotguss 7,20 M. Zinn bis 25,– Schulzendorfer Straße 2

Alte Gebisse sowie Brennstifte, Bruchgold und Platin, kauft zu höchsten Preisen täglich Rademacher, Neukölln Donaustraße 6, Laden.

Kupfer 8,25 Messing 4.– und sämtliche Metalle kauft Oderberger Str. 1 Lothringer Straße 8 (am Rosenthaler Platz.)

Kupfer Rotguß Messing sowie Blei Lager-Weiß-Metall und Zinn kaufen jeden Posten zu hohen reellen Preisen **HERMANN TASCHE & Co.** Hauptgesch.: Langenbeckstr. 4, Ecke Elbinger Str. Kpf. 3584 2. Geschäft: Demminer Straße 36, Ecke Brunnenstraße

Freie Welt Neue Nummer Diktatur der Bourgeoisie in Frankreich / Deutsche Demonstration in Moskau für die Revolution Heft 60 Pfg.

Danksagung! Sage hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie Kolleginnen und Kollegen der Fa. Knorr-Bremse für die Teilnahme bei der Einäscherung meiner Tochter **Else Sasse** unsern herzlichsten Dank. Familie W. Müller nebst Frau u. Sohn Willy

Kaufe höchstzahlend: Kupfer, Messing, Rotguß, Blei, Zink, sowie Zeitungspapier 1,10 – 1,15 Mk. pro Kilo. Tilsiter Straße 81.

Arbeitsmarkt

Grossen Erfolg haben selbst die Kleinen Anzeigen in der Freiheit.

Firnis, Malerartikel, höchste Preise. Krüger, Elisabethstr. 17.

Spezialarzt Dr. med. Korben für Syphilis, Harn-, Frauenleid., Schwäche, Beinkranke, Bet. schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstör. Blut- und Harnuntersuch. (Fäden im Harn.) **Friedrichstr. 81,** gegenüber Panoptik. **Königstr. 56-57,** gegenüber Rathaus Sprechst. 10-1, 6-8½, Sonnt. 10-1 Teilzahl. Separ. Damenzim.

Haarnisse im Frauen u. Mädchenhaar entfernt garant. sofort **Nisska** D.R.G.M. 708 296 — Aufklärung kostenlos — Fr. B. Mückenhaupt, Nürnberg B. 26.

Kupfer Rotguß, Messing, Zink Blei kauft laufend Sebastianstraße 66.

Kupfer 8.– Rotguß 7.– Messing 4.– Zink, Blei, Zinn **Metallverwertung** Weißenburger Straße 11 Köpenicker Straße 121a Reinickendorfer Str. 107.

Kupfer 8.– Messing 4.– Blei 2.– sowie alle anderen Metalle zu allerhöchst. Tagespreisen kaufen die Ankaufstellen I. Lichtenberg, Jungstraße 23 II. Neukölln, Steinmetzstraße 18

Altmetalle Zinn, Quecksilber, Zahngebisse, Platin, Gold- und Silberbruch kauft Fennstraße nur 48

Altmetalle kauft zu höchsten Tagespreisen Metallankaufsstelle „Moabit" 48 Strom-Straße 48

Altmetalle Quecksilber, Zahngebisse Platin-Silberbruch kauft Brunnenstrasse 11.

Schmirgelleinen kauft laufend jeden Posten Kuhrmann, Motzstr. 29 (Bergmannstr.) 4–8 Uhr.

Kupfer p. Kilo 8,– M. Messing „ „ 4,– „ Blei „ „ 2,– „ Zink „ „ 2,– „ Spiralbohrer höchstzahlend Waßmannstr. 22 im Laden.

Packerinnen tüchtige, zum Einpacken und Kontrollieren der Waren an unseren Kassen, sofort gesucht. Meldungen von 12–2 Uhr mittags oder 5–6 Uhr abends A. Jandorf & Co. Berlin - Alexanderstraße 1/2

Straßen-Händler kaufen Reste-Posten billigst bei Karko-Serj., Flensburger Str. 38

Tüchtige **Reinemachefrauen** und Waschfrauen, Aufwärterinnen. Zu erfragen im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückertstr. 9, Nord. 3795.

Sie brauchen Schuhe

Ich brauche Geld! Darum verkauft der rote Schuhkeller billig:

Ia. schwarz Chrom-Damenhalbschuhe, Lackkappe	M.	95.—
Ia. schwarz Chrom-Damenspangenschuhe	M.	48.50
Braune Chevreau-Spangenschuhe	M.	125.—
Braune Chevreau-Halbschuhe	M.	95.—
Braune Rindleder-Herrnstiefel, sehr stark	M.	165.—
Schwarze Boxcalf-Herrnstiefel, Lackkappe	M.	175.—
Braune Herrn-Halbschuhe	M.	230.—
Weiße Leinen-Spangenschuhe	M.	39.50
Kinderstiefel	von M.	25.— an
Damen-Hausschuhe, Ia. Tuch	M.	7.90
Sandalen	von M.	18.— an
Turnschuhe mit Ledersohle	von M.	15.— an

ROTER SCHUHKELLER Berlin, Naunynstr. 62, an der Adalbertstr., Nähe Kottbuser Tor

Wegen allzugroßen Andrangs bitte den Einkauf auch vormittags vorzunehmen. Straßenbahn 1, 2, 3, 5, 11, 16, 28, 45, 46, 40, 65, 93, 94, R, P.

Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte zwischen Schiller und Goethe je 352 Seiten stark, gut gebunden **Nur 3 Mk.** (Porto extra) Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8/9

Verloren

Boxer schwarzbraun, weiße Brust, auf Lux hörend, abhanden gekommen. Für Wiedererlangung hohe Belohnung. Mahr, Schloßplatz 3.

Botenfrauen sofort gesucht Spedition Bernsee Steglitz Mommsenstrasse 59